

Monitoring 2024.3 vom 15.01.2024

ANALYSE I

S. 3

ANALYSE II

S. 8

HAUSHALT 2024: KABINETT BRINGT SUBVENTIONSKÜRZUNG AUF DEN WEG

Mit einem Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 will die Ampel ihre geplanten Einsparungen umsetzen. Eine Formulierungshilfe für die Fraktionen von SPD, Grüne und FDP beschloss das Kabinett im Eilverfahren. Darin enthalten sind unter anderem der Abbau von Subventionen beim Agrardiesel oder die Erhöhung der Luftverkehrssteuer. Aus der zweiten Bereinigungsvorlage des BMF gehen massive Einschnitte für den Klimaschutz hervor.

ENERGIE- UND KLIMAPOLITISCHER AUSBLICK

Im Energie- und Klimabereich sind im Jahr 2024 noch einige wichtige Gesetzgebungsverfahren abzuschließen. Große Auswirkungen haben beispielsweise die geplante Reform des KSG oder das Solarpaket I. Eine interne Arbeitsplanung der SPD-Fraktion gibt Auskunft über die Zeitpläne für diverse anstehende Vorhaben der Ampel.

ERGEBNISSE

S. 11

BUNDESREGIERUNG

Habeck reist zu Gesprächen in den Nahen Osten

BUNDESTAG

Rechenzentren sollen weniger Ressourcen verbrauchen
Anteil der Lkw mit alternativen Antrieben bei 1,75 Prozent

STAKEHOLDER

INES übermittelt Detailanalyse zum Wasserstoff-Kernnetz
Artenschutz wissenschaftsbasiert und praxisnah ausgestalten!
2023 – Ein Spitzenjahr für den Windenergieausbau

STATUS

S. 22

NEU

- Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024

IM PROZESS

- Drittes Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes
- Zweites Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes

VERABSCHIEDET

- Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen

AUSBLICK

S. 42

BUNDESTAG

- 79. Sitzung des Finanzausschusses
- 94. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie
- 66. Sitzung des Wirtschaftsausschusses

BUNDESRAT

Keine Sitzung.
Nächste Sitzung: 02.02.2024

TERMINE

- 30. H2-Wirtschaftsgespräch dena zur Energiewende
- Energiedialog 2024
- KAS zu Klimaneutralität
- BWO zur Offshore-Windenergie



BEG IV: VEREINFACHUNG FÜR OBERFLÄCHENNAHE GEOTHERMIE

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

am Donnerstag wurde ein Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums (BMJ) für ein Viertes Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) bekannt. Dieser orientiert sich an den Eckpunkten, die Ende Oktober bei der Kabinettsklausur in Meseberg beschlossen wurden. In diesen Eckpunkten waren unter anderem Vorschläge aus einer Verbändeanfrage und den jeweils zuständigen Ressorts berücksichtigt worden (vgl. TPM 2023.36). In dem Artikelgesetz lassen sich überwiegend die Vorhaben aus dem Eckpunktepapier wiederfinden. Am interessantesten für den Klima- und Energiebereich sind die Änderungen bezüglich der oberflächennahen Geothermie und der Anpassung der Fristen bei erneuter Öffentlichkeitsbeteiligung.

Bisher ist die Definition von Erdwärme und die Differenzierung von oberflächennaher Geothermie und Tiefengeothermie noch nicht eindeutig geregelt. Mit dem Gesetz soll der § 3 Absatz 3 Satz 2 Buchstabe b) im Bundesberggesetz (BbergG) angepasst werden. Mit einem neuen Einschub wird die Tiefe von 400 Metern als Abgrenzungsmerkmal eingeführt, damit wird laut Entwurf "mit einem sehr klaren und einfachen Kriterium festgelegt, wann oberflächennahe und wann Tiefengeothermie vorliegt". Darüber hinaus soll klargestellt werden, dass oberflächennahe Geothermie kein bergfreier Bodenschatz ist und somit keiner Bergbauberechtigung und grundsätzlich auch keiner Betriebsplangenehmigung bedarf. Somit soll die Nutzung von oberflächennaher Geothermie vereinheitlicht und vereinfacht werden.

Durch die Einführung der Möglichkeit "der angemessenen Verkürzung" in Zulassungsverfahren, in denen aufgrund von Änderungen des Vorhabens eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit erforderlich ist, soll das Verfahren beschleunigt werden. Dafür werde Artikel 10 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung angepasst.

Kommen Sie gut durch die Woche!

M. Wiegels



MAIKE WIEGELS

Analystin für Energie- und Klimapolitik

- ☎ 030 290 21 14353
- @ maïke.wiegels@tagesspiegel.de
- 🐦 <https://twitter.com/TspMonitoringEK>

 ANALYSE I

HAUSHALT 2024: KABINETT BRINGT SUBVENTIONSKÜRZUNG AUF DEN WEG

HAUSHALT/FÖRDERUNG

STEUERN/ABGABEN/UMLAGEN

ALBERT FUNK, ALINA RAPOPORT, MAXIMILIAN MÜNTER UND CASPAR SCHWIETERING

Das Kabinett ließ sich von den Protesten der Landwirt:innen nicht beirren und hat am vergangenen Montag eine Formulierungshilfe für einen von den Koalitionsfraktionen einzubringenden Gesetzentwurf für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 im Umlaufverfahren beschlossen. Mit dem Artikelgesetz sollen die im Zuge der Einsparungen beim Bundeshaushalt 2024 notwendigen Gesetzesänderungen umgesetzt werden. Die Maßnahmen waren in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) notwendig geworden. Die Ampelspitzen einigten sich am 15. Dezember auf größere Umbauten, die jedoch Anfang Januar nochmals überarbeitet wurden (vgl. TPM 2024.02). Das Bundesfinanzministerium (BMF) legte inzwischen die entsprechende Bereinigungsvorlage vor.

ABBAU VON SUBVENTIONEN BEIM AGRARDIESEL

Eingang in den Entwurf der Koalitionsfraktionen eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 hat nun etwa der Abbau der Steuerbegünstigung bei Agrardiesel mit einer Änderung des Energiesteuergesetzes (EnergieStG) gefunden. Die Subvention soll nicht wie ursprünglich geplant schon dieses Jahr entfallen, sondern im Zeitverlauf sinken. Demnach würde bis 29. Februar 2024 die bestehende Steuerentlastung von umgerechnet 21,48 Cent pro Liter gelten, vom 1. März bis zum 31. Dezember 2024 soll die Agrarsubvention um 40 Prozent sinken. Eine weitere Halbierung im Vergleich zum vorherigen Wert auf rund 6,44 Cent pro Liter ist 2025 vorgesehen, wobei Landwirt:innen für 2026 verbrauchten Diesel keine steuerliche Rückerstattung mehr erhalten.

TEIL DER WINDKRAFT-ERLÖSE FLIESST IN BUNDESHAUSHALT

Auch die Änderung des Wind-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) ist Teil des auf den Weg gebrachten Entwurfs. Mittelkürzungen bei Meeresnaturschutz und umweltschonender Fischerei aus den Offshore-Windkraft-Auktionserlösen sollen dazu beitragen, die neue Lücke von 2,5 Milliarden Euro im Etat zu schließen, die auch durch die Teil-Rücknahme des Subventionsabbaus entstanden ist. Dazu erweitert die Bundesregierung den Spielraum, um die Mittel für die Offshore-Windpark-Ausschreibungen im Jahr 2023 im Haushalt zu nutzen. Konkret sollen die Mittel aus Offshore-Wind-Ausschreibungen des letzten Jahres nicht nur für Maßnahmen zum Meeresschutz, der umweltschonenden Fischerei und der Senkung der Offshore-Netzumlage verwendet werden können (Zweckbindung in § 57 des WindSeeG), sondern auch "als Einnahmen des Bundeshaushalts".

Dadurch sinken die Mittel aus den Erlösen, die das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) und das Bundesumweltministerium (BMUV) zwecks Meeresschutz und umweltfreundlicher Fischerei bewirtschaften. Laut dem Gesetzentwurf soll das BMEL statt fünf Prozent nur noch ein Prozent der Erlöse aus der vorjährigen Ausschreibung erhalten. Dies entspricht Geldern in Höhe von 134 Millionen Euro statt wie zuvor 670 Millionen Euro. Das BMUV, das ursprünglich genauso viel Geld aus der Ausschreibung wie das BMEL erhalten sollte, würde nach dem Gesetzentwurf 3,125 Prozent des Gesamtbetrags der Ausschreibungen aus 2023 bekommen, was 418,75 Millionen Euro entspricht. 5,875 Prozent des Gesamtbetrags würde als "Transformationskomponente an den Bundeshaushalt" abgeführt. Rechnerisch ergibt sich daraus ein Zuschuss der angekündigten rund 780 Millionen Euro für den Bundeshaushalt. Die Gesetzesänderung

soll rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft treten.

RECHTSPRÜFUNG NOCH NICHT ABGESCHLOSSEN

Eine weitere bereits angekündigte Änderung betrifft das Luftverkehrsteuergesetz (LuftVStG). Je nach Reiseziel steigen die Ticketsteuern für Flüge je Passagier um 2,50 Euro bis 11,40 Euro auf 15,53 Euro bis 70,83 Euro. Das Bundesfinanzministerium (BMF) soll aber per Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Steuersätze für das folgende Kalenderjahr prozentual absenken können, wenn das Aufkommen durch die Luftverkehrssteuer 2,33 Milliarden Euro im Vorjahr überstiegen hat. Die höhere Ticketsteuer soll an Stelle der ursprünglich geplanten Kerosinsteuer eingeführt werden. Endgültige Klarheit über die Rechtskonformität gibt es aber noch nicht. Denn die Rechtsprüfung ist aufgrund der eiligen Umsetzung der Gesetzesvorhaben "teilweise nicht abgeschlossen", so das BMF in dem Anschreiben zur Kabinettsvorlage. "Aus Sicht der federführenden Ressorts steht die noch nicht abgeschlossene Rechtsprüfung einer Kabinettsbefassung nicht im Wege, das Bundesministerium der Justiz ist dem nicht entgegengetreten." Am Donnerstag bewerteten Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler:innen den Entwurf noch einmal im Rahmen einer Öffentlichen Anhörung zum "Allgemeinen Teil" im Haushaltsausschuss des Bundestages. Eine zweite Anhörung folgt am Montag, 15. Januar, im Finanzausschuss zum "Steuerteil".

UNION STELLT KEINE ANTRÄGE

Mit Spannung erwartet wird noch die anstehende zweite Bereinigung des Haushaltsentwurfs 2024 am 18. Januar. Denn offen ist, ob die Ampel-Haushälter:innen die Gelegenheit nutzen, um weitere Umbauten am Bundeshaushalt vorzunehmen und damit Entscheidungen des Haushaltsausschusses der ersten Bereinigungssitzung am 16. November rückgängig machen. Dass noch keine Anträge von der Ampel vorgelegt wurden, moniert auch die Union im Bundestag. In einem internen Rundschreiben vom 5. Januar erklärt der haushaltspolitische Sprecher Christian Haase (CDU): "Bei einem derartigen Vorgehen sind seriöse Haushaltsberatungen nicht möglich." Aus diesem Grund werde die Fraktion erneut keine eigenen Anträge stellen. Am Mittwoch aber lieferte das Bundesfinanzministerium (BMF) zumindest seine Bereinigungsvorlage. Die Vorhaben dürften den Haushälter:innen von SPD, Grünen und FDP nicht besonders gut schmecken. Einige für sie wichtige Verhandlungserfolge im Entwurf des Bundeshaushalts 2024 sollen demnach wieder rückgängig gemacht werden.

Ende Dezember hatte die Bundesregierung bereits die Kürzungsvorhaben im KTF bekannt gegeben. Dazu steht das BMF auch im Wesentlichen. Mit keinem Wort Erwähnung fand der Titel "Umrüstung von Kohlekraftwerken zu wasserstofffähigen Gaskraftwerken". In der neuen Bereinigungsvorlage findet sich dieser Posten allerdings wieder und erhält eine neue Zweckbestimmung: die Umsetzung der nationalen Kraftwerksstrategie. Die Kraftwerksstrategie hatte sich nach dem Urteil des BVerfG von Mitte November weiter verzögert. Während die Mittel unter der alten Zweckbestimmung von 250.000 Euro erhalten bleiben und auch die insgesamt veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen für die Kraftwerksstrategie in Höhe von 7,55 Milliarden Euro unverändert sind, verschiebt sich der Mittelbedarf laut Entwurf um zwei Jahre.

Demnach plant das BMF die zuvor für 2026 eingeplanten bis zu 100 Millionen Euro erst 2028 ein. Der für 2027 ursprünglich angesetzte Höchstbetrag von 450 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen wird nun für 2029 veranschlagt. 560 Millionen Euro würden 2030 benötigt werden statt wie bisher zwei Jahre früher. Erst 2032 wird der ursprünglich vorgesehene Pfad erreicht, sodass 750 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen fällig werden. Ab 2036 übersteigt der erwartete Mittelbedarf dann erstmals den alten Planwert.

KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG ÜBER UMSATZSTEUER

Auch im Wärme- und Gebäudebereich gibt es etwas mehr Klarheit als zuvor. Zum Beispiel sollen die Mittel für die Energieeffizienz-Beratung um 18,8 Millionen Euro auf rund 238 Millionen Euro sinken. Die Verpflichtungsermächtigungen für das kommende Jahr steigen gegenüber dem ursprünglichen Plan um 13 Millionen Euro an. Dies ist dadurch möglich, dass Verpflichtungsermächtigungen 2023 wegen der Haushaltssperre nicht beansprucht wurden.

Bleiben soll auch die Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung. Im KTF hat die Bundesregierung Fördermaßnahmen für diesen Titel gestrichen. 500 Millionen Euro sollten über den Klimafonds fließen, um Städte und Gemeinden beim Aufstellen von Plänen für die Wärmewende zu unterstützen. Die Förderung würden die Kommunen aber wie geplant erhalten, teilte eine Sprecherin von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) dem Tagesspiegel mit. Laut Ministerium bekommen die Länder hierfür zusätzliche Punkte bei der Umsatzsteuer, mit denen sie ihre Kommunen bei der Wärmeplanung unterstützen können. Es handele sich um einen möglichst unbürokratischen Weg, ohne komplizierte Förderanträge beim Bundesamt für Wirtschaft- und Ausfuhrkontrolle (BAFA), sagte die Sprecherin.

KÜRZUNG BEI KLIMASCHUTZINVESTITIONEN IM AUSLAND

Die höheren Erlöse aus dem Anstieg des CO₂-Preispfades werden in der Vorlage ebenfalls genannt. Die Einnahmen des Bundes steigen dadurch in etwa um 1,32 Milliarden Euro auf insgesamt 12,25 Milliarden Euro an. Gleichzeitig wird laut Bereinigungsvorlage eine Rücklage im Etat um zusätzlich drei Milliarden Euro verringert. Dieses in den Überschussjahren vor 2020 aufgebaute Polster hatte einst eine Größe von fast 50 Milliarden Euro und ist nun weitgehend aufgebraucht.

Nach dem Finanzierungsbeschluss von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) vom Dezember hatten sechs Bundesministerien den Auftrag, zusätzliche Einsparmöglichkeiten in ihren Etats zu suchen. Das Sparziel lautete 1,5 Milliarden Euro. Diese Summe kommt nun nicht zuletzt durch Kürzungen bei einer Reihe von internationalen Hilfen zusammen. So streicht das Auswärtige Amt (AA) 200 Millionen Euro bei humanitären Hilfsmaßnahmen Ausland (von insgesamt 2,43 Milliarden Euro). Habeck steuert aus seinem Ressort weitere 200 Millionen Euro bei, die dem Posten für Investitionen in Klimaschutz und für Biodiversität im Ausland abgehen. Kürzungen gibt es auch im Bundesentwicklungs- (BMZ), Bundesverkehrs- (BMDV), Bundesbildungs- (BMBF) und Bundessozialministerium (BMAS).

Am 18. Januar ist die Bereinigungssitzung geplant, bei der der Haushaltsausschuss den Etat 2024 beschließen soll. Änderungen am Entwurf sind bis dahin noch möglich. Ende Januar soll der Haushalt dann vom Bundestag und am 2. Februar vom Bundesrat beschlossen werden.

POSITIONEN

Artur Auernhammer MdB (Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, CDU/CSU-Fraktion)

"Ich habe vollstes Verständnis für die Protestaktionen unserer Landwirte. Es reicht nicht, dass die Ampel die geplante Streichung der Kfz-Steuerbefreiung wieder zurücknimmt. Auch die Agrardieselerückerstattung muss vollumfänglich erhalten bleiben. Beide Vergünstigungen bekommen unsere Landwirte nicht aus Jux und Tollerei, sondern sind fachlich begründbar. [...]"

(csu-landesgruppe.de, 08.01.2024) <http://tsp.pm/1vkZNY>

Dr. Beate Richter (Referentin für Agrarpolitik, FÖS)

"Der Agrarsektor ist maßgeblich von Subventionen beeinflusst. Einige davon setzen Fehlanreize, indem umweltschädliche Verhaltens- und Produktionsweisen gefördert werden. Diese Subventionen sollten so reformiert werden, dass Finanzströme an Leistungen mit umweltpositiver Wirkung gekoppelt sind. [...]"

(crm.foes.de, 10.01.2024) <http://tsp.pm/RZLZKG>

Stefan Thimm (Geschäftsführer, BWO)

"Damit die Transformationskomponente einen nachhaltigen Beitrag zur Umwandlung der Wirtschaft leistet, müssen die Mittel aus der Gebotskomponente für die Flankierung des Offshore-Ausbaus genutzt werden. So lässt sich die Realisierung der Ausbauziele und das Erreichen der Energiewendeziele absichern. Der BWO hat hierfür in den letzten Monaten Vorschläge vorgelegt. Keinesfalls darf die Transformationskomponente zur Subventionierung von fossilen Brennstoffen verwendet werden. Das wäre absurd. [...] Daher sollte darüber nachgedacht werden, bald einen eigenen Haushaltstitel für diese Zwecke zu schaffen. Mit den neuen Haushaltsmitteln sollte dann die Umsetzung der gesetzlichen Ausbauziele für die Offshore-Windenergie abgesichert werden. Ganz nebenbei stärken wir damit Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland und Europa."

(bwo-offshore.de, 11.01.2024) <http://tsp.pm/qKFaJ>

Frank Werneke (Vorsitzender, ver.di)

"Der zentrale Fehler der Bundesregierung im Haushaltsentwurf für 2024 ist es, die Kosten für Investitionen in die industrielle Transformation in den Regelhaushalt hineinzupressen. Das Resultat sind zweifelhafte Gegenfinanzierungen mit erheblicher sozialer Unwucht. [...] Die Anhebung des CO2-Preises trifft insbesondere die Menschen mit niedrigen bis mittleren Einkommen. Deshalb ist diese Erhöhung nur dann verantwortbar, wenn parallel zum Ausgleich ein sozial gestaffeltes Klimageld eingeführt wird. Höhere Einnahmen aus der CO2-Bepreisung müssen über ein Klimageld an die Bevölkerung zurückfließen. Das Klimageld ist überfällig. [...] Jetzt müssen die Weichen für mehr Investitionen und Zukunftsorientierung gestellt werden. [...]"

(verdi.de, 11.01.2024) <http://tsp.pm/kpLuck>

Matthias Kurzeck (Bundesvorsitzender, VCD)

"[...] Der VCD fordert ein Gesamtkonzept zum Abbau der klimaschädlichen Subventionen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Dazu gehört, das Dieselsteuerprivileg als Ganzes abzuschaffen: Ein für die Betroffenen planbarer stufenweiser Abbau der Dieselsubventionen in der Landwirtschaft und des Dieselpriwilegs für alle über einen Zeitraum von 5 Jahren wäre die klügere Entscheidung. Laut dem Umweltbundesamt entgehen dem Bundshaushalt rund acht Milliarden Euro jährlich durch das Dieselpriwileg, durch die Vergünstigung von Agrardiesel deutlich weniger. [...]"

(vdc.org, 09.01.2024) <http://tsp.pm/QLXwS>

DOKUMENTE

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (20/9999)

<http://tsp.pm/OelwFQ>

Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024) (20/7800)

<https://tsp.pm/eEQrkQ>

Stellungnahmen zur Anhörung des Haushaltsausschusses zum Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (72. Sitzung)

<http://tsp.pm/ta4HBU>

Tagesordnung der 78. Sitzung des Finanzausschusses (Öffentliche Anhörung)

<http://tsp.pm/cX5lsQ>

WEITERE QUELLEN

Bundesregierung: Weiterer Schritt zum Haushalt 2024 (08.01.2024)

<http://tsp.pm/PrBdeH>

hib: Noch kein Wirtschaftsplan für 2024 (08.01.2024)

<http://tsp.pm/lr0JeU>

hib: Koalition legt zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz vor (09.01.2024)

<http://tsp.pm/jWTQyE>

 ANALYSE II

ENERGIE- UND KLIMAPOLITISCHER AUSBLICK

ENERGIEPOLITIK

REGIERUNG

KLIMAPOLITIK

MAIKE WIEGELS

Im Klima- und Energiebereich gelang es der Bundesregierung im letzten Jahr, noch einige Vorhaben wie beispielsweise das Klimaanpassungsgesetz (KanG) über die Ziellinie zu bringen, doch mit Jahreswechsel warten direkt große Entscheidungen auf Bundestag und Bundesrat. Etwa bei der Reform des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) (vgl. TPM 2023.41) oder des Solarpakets I (vgl. TPM 2023.51) blieben Einigungen bislang aus. In einer internen Vorlage für die Klausursitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion am 9. und 10. Januar sowie des Fraktionsvorstandes und der Fraktion am 11. und 12. Januar 2024 wird der Zeitplan für zentrale Vorhaben skizziert.

KONKRETER TERMIN BEIM ERDGASSPEICHERGESETZ

Nachdem das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) bereits Anfang August einen Referentenentwurf für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (2. EnWG) vorgelegt hat (vgl. TPM 2023.32), soll laut der SPD-Arbeitsplanung das Gesetz nun am 18. oder 19. Januar in zweiter/dritter Lesung verabschiedet werden. Mit der Novelle sollen nicht nur die Mindestfüllstandsvorgaben für Gasspeicher bis zum April 2027, sondern auch die temporäre Höherauslastung des Hochspannungsnetzes um drei Jahre verlängert werden. Eigentlich wäre diese Regelung im März ausgelaufen, doch nun soll durch die Nutzung der Netzreservekraftwerke die Auslastung des Höchstspannungsnetzes bis Ende März 2027 ermöglicht werden.

Das Vorhaben soll auch der Änderung des Herkunftsnachweisregistergesetzes (HkNRG) als Trägergesetz dienen. Bereits Ende Dezember 2022 hatte der Bundestag das Gesetz zur Ausstellung, Übertragung und Entwertung von Herkunftsnachweisen sowie zur Schaffung eines Herkunftsnachweisregisters (HKNR) für gasförmige Energieträger und eines Herkunftsnachweisregisters für Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien verabschiedet, das am 14. Januar 2024 in Kraft getreten ist. Wie aus einem Vermerk des BMWK vom 14. November hervorgeht, hat sich im Rahmen der Bearbeitung der Herkunftsnachweisregisterverordnung (HKNR-VO) jedoch herausgestellt, "dass einzelne Rechtsgrundlagen, die für eine vollständige Umsetzung der RED II erforderlich sind, im HkNRG fehlen oder unvollständig sind". Die fehlenden Rechtsgrundlagen sollen mithilfe einer Formulierungshilfe zur Änderung des HkNRG nun kurzfristig geschaffen werden, damit auf dieser Basis "eine vollständige Verordnung" möglich sei. Die entsprechende Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag zu dem Entwurf eines 2. EnWGs wurde am 6. Dezember im Kabinett beschlossen und in einer öffentlichen Anhörung am 13. Januar von den Sachverständigen diskutiert. Nach der zweiten/dritten Lesung am 18. oder 19. Januar wird das Trägergesetz voraussichtlich am 2. Februar den Bundesrat passieren und laut dem Vermerk des BMWK im Februar oder März 2024 in Kraft treten.

VERABSCHIEDUNG DER HKNR-VO ANFANG FEBRUAR

Die eng mit dem HkNRG verzahnte HkNR-VO durchläuft ein gesondertes Verfahren. Anfang Dezember wurde dazu ein Referentenentwurf bekannt. Dieser sollte zunächst in der Sitzung des Bundeskabinetts am 10. Januar beschlossen werden, rutscht jedoch laut aktueller Übersicht auf den 17. Januar. Laut der SPD-internen Zeitplanung soll die im Bundesrat nicht zustimmungspflichtige Verordnung bereits am 1. oder 2. Februar in zweiter/dritter Lesung verabschiedet werden, was auf ein schnelles parlamentarisches Verfahren im Januar schließen lässt.

Auch für das Dritte Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, mit dem die zweite Stufe des Wasserstoffhochlaufs geregelt werden soll, lässt sich in der SPD-Arbeitsplanung ein konkretes Datum finden. Ausweislich der Plenartagesordnung (Stand: 15. Januar) ist für den 19. Januar die erste Lesung angesetzt. Bereits am 22. Februar soll laut der SPD-Planung die zweite/dritte Lesung folgen. Wann hingegen ein Wasserstoffbeschleunigungsgesetz kommen wird, bleibt in der SPD-Planung noch offen.

KLIMASCHUTZGESETZ & SOLARPAKET I IM ERSTEN QUARTAL 2024

Mit Spannung wird die Novelle des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) erwartet (vgl. TPM 2024.02). Der ursprüngliche Zeitplan des BMWK sah vor, das Gesetz am 15. Dezember vom Bundesrat absegnen zu lassen. Am 15. Dezember befassten sich die Abgeordneten im Bundestag mit den Stellungnahmen der Expert:innen der Öffentlichen Anhörung vom 8. November. Eine Einigung scheint aber noch nicht in greifbarer Nähe. Über die Gründe für die langanhaltenden Beratungen bewahrt die Ampel Stillschweigen. Auch aus der SPD-internen Übersicht geht kein konkretes Datum hervor, sondern die zweite/dritte Lesung wird vage für das erste Quartal 2024 angekündigt.

Da mit dem Jahreswechsel Windpark- und Solaranlagenbetreibern Strafzahlungen aufgrund verschiedener Fristenregelungen im EEG drohten, hatte die Ampel Ende des Jahres noch einen Teil des Solarpakets I vorgezogen (vgl. TPM 2023.51). Das sogenannte Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Vermeidung kurzfristig auftretender wirtschaftlicher Härten für den Ausbau der erneuerbaren Energien muss noch den Bundesrat passieren. Am 18. Januar steht es bereits auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses im Bundesrat und wird voraussichtlich final in zweiter Beratung am 2. Februar im Plenum beschlossen. Bezüglich des Rests des Gesetzes wird sich die Branche vermutlich noch gedulden müssen. Wann das Solarpaket I verabschiedet wird, ist noch unklar. Die SPD-Fraktion rechnet in ihrer aktuellen Arbeitsplanung damit, dass der Bundestag es im ersten Quartal verabschiedet. Wann das weitergehende Solarpaket II, mit dem unter anderem die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, schnellere Netzanschlussprüfung oder Kapazitätsreservierungen geregelt werden sollen, kommen wird, ist laut der SPD-Arbeitsplanung noch vollkommen offen.

PLANUNGSBESCHLEUNIGUNGEN IM ERSTEN QUARTAL

Die Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses und Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom November 2023 zur Planungsbeschleunigung (vgl. TPM 2023.46) werden im SPD-Papier ebenfalls erwähnt. Für das erste Quartal 2024 wird die zweite/dritte Lesung für einen Gesetzentwurf im Bundestag sowie eine Verordnung im Kabinett für Januar 2024 angekündigt.

Auch diverse Strategien werden in der Arbeitsplanung erwähnt. Eine Biomassestrategie sowie die Umsetzung der umfassenden Strategie zu Wärme-, Wasserstoff- und Stromspeichern werden für das erste Quartal 2024 angekündigt. Mitte Dezember hatte das BMWK bereits einen Entwurf für eine Stromspeicherstrategie vorgelegt. Die lang erwartete Kraftwerksstrategie (vgl. Analyse I) wird hingegen nicht in dem Papier erwähnt.

POSITIONEN

Kerstin Andreae (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung, BDEW)

"Die Bundesregierung muss jetzt Nägel mit Köpfen machen: Wir brauchen die Kraftwerksstrategie mit klaren Rahmenbedingungen, um den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken anzureizen und Investitionssicherheit zu schaffen. [...]"
(bdew.de, 11.01.2024) <http://tsp.pm/acFSjr>

DOKUMENTE

Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (20/9094)

<http://tsp.pm/SZ8JEf>

Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung (20/8657)

<https://tsp.pm/GYvvqQ>

Erste Beschlussempfehlung und Erster Bericht des Ausschusses für Klimaschutz und Energie über den Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung (20/9781)

<https://tsp.pm/yvFDQK>

Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes (20/8290)

<https://tsp.pm/G5i9tg>

Bundestag: Änderung des Herkunftsnachweisregistergesetzes – Vermerk über die Einbringung einer Formulierungshilfe (14.11.2023)

<http://tsp.pm/5u1usv>

Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

<http://tsp.pm/1WPmTC>

Beschluss zum Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zwischen Bund und Ländern (06.11.2023)

<http://tsp.pm/HzG6vG>

Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz (06.11.2023)

<http://tsp.pm/zNbbki>

WEITERE QUELLEN

Bundestag: Expertendiskurs um Füllstandsvorgaben für Gasspeicher

<http://tsp.pm/6YetrV>

Bundestag: Pflicht zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung für Windkraftanlagen kommt 2025 (15.12.2023)

<https://tsp.pm/EbukRO>

hib: EEG-Novelle: Ausschuss votiert für Teilbeschluss (13.12.2023)

<https://tsp.pm/zEKElr>

Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)

<https://tsp.pm/fWPjMh>

Herkunftsnachweisregistergesetz (HkNRG)

<http://tsp.pm/yyL2bZ>

 ERGEBNISSE

ÜBERSICHT DER KW 2

Ergebnisse der politischen Arbeit vom 08.01. bis 14.01.2024

 **BUNDESREGIERUNG****BMWK**

Habeck reist zu Gesprächen in den Nahen Osten

 **BUNDESTAG****FRAGE & ANTWORT****ANTWORT**

Rechenzentren sollen weniger Ressourcen verbrauchen

FRAGE & ANTWORT**ANTWORT**

Anteil der Lkw mit alternativen Antrieben bei 1,75 Prozent

FRAKTIONEN**MITTEILUNG**

Rückenwind für unsere Wirtschaft und Gesellschaft

 **STAKEHOLDER****INES**

INES übermittelt Detailanalyse zum Wasserstoff-Kernnetz

BEE

Reservierungsmechanismus für Netzkapazität: Optimierungsvorschläge liegen auf dem Tisch

BWE

Artenschutz wissenschaftsbasiert und praxisnah ausgestalten!

FA Wind

2023 – Ein Spitzenjahr für den Windenergieausbau

WAB, Stiftung OW et al.

Die Ausschreibungsregeln für Offshore-Wind-Flächen in Deutschland: Ein spieltheoretisches Experiment mit industrie- und wettbewerbspolitischen Kollateralschaden

BWE

Starkes Interesse an Know-how der Energiewende in Nahost

BUND

Bodenatlas 2024: Boden schützen – Ernährungssicherheit, Klima- und Naturschutz zusammen denken

DUH

Ostseeehring gefährdet: Deutsche Umwelthilfe beantragt sofortigen Baustopp des LNG-Projekts Rügen nach Zulassung weiterer Bauarbeiten an Anschlusspipeline

DUH

Etappensieg für Deutsche Umwelthilfe in Eilverfahren: Bundesverwaltungsgericht trägt Pipeline-Betreiber Gascade auf, Bauarbeiten an LNG-Pipeline vor Rügen zunächst zu stoppen

NABU

Renaturierte Flüsse schützen vor Hochwasser

VCI

Weiteres Bürokratiemonstrum entsteht

ADFC, Allianz pro Schiene, EVG, IG Metall, Zukunft Fahrrad

Bündnis: Verkehrswende braucht Zeitenwende

VCI

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat dem Trilogergebnis zur IED-Richtlinie zugestimmt



BMWK

09.01.2024

HABECK REIST ZU GESPRÄCHEN IN DEN NAHEN OSTEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Bundesregierung	http://tsp.pm/vPydzf	–

Vizekanzler und Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck beginnt heute seine dreitägige Nahostreise in Maskat, der Hauptstadt des Oman. Weitere Stationen sind Saudi-Arabien, Israel und das Westjordanland. Habeck führt vor Ort politische Gespräche und trifft die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft. [...] Im Fokus der Reise stehen zudem die Energie- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Region, insbesondere auf dem Gebiet klimafreundlicher, erneuerbarer Energien, z. B. beim Aufbau einer internationalen Wasserstoffproduktion. Die Beziehungen zu vertiefen und zu konkretisieren ist ein Ziel der lange anvisierten Reise. Habeck reist in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation. [...]

ENERGIEPOLITIK

INTERNATIONAL

FRAGE & ANTWORT

RECHENZENTREN SOLLEN WENIGER RESSOURCEN VERBRAUCHEN

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	20/9667 http://tsp.pm/VVxciF	Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (20/9106)

Die Bundesregierung kann nach eigenen Angaben den Trend, mehr zentrale IT für die Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung zu benötigen, nicht aufhalten oder umkehren. Jedoch werde mit der Umsetzung der Kriterien des "Blauen Engels" für Rechenzentren dem steigenden Strom- und Ressourcenverbrauch entgegengewirkt, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der bisherigen Linksfraktion. Dadurch könnten in den Rechenzentren des Bundes zum einen direkte Einsparungen erreicht werden, zum anderen könne durch das kontinuierliche Monitoring regelmäßig das Optimierungspotenzial geprüft werden. Die Bundesregierung nutzt den Angaben zufolge derzeit 118 Rechenzentren, davon 103 im Eigenbetrieb. (hib)

ENERGIEEFFIZIENZ

DIGITALISIERUNG

FRAGE & ANTWORT

ANTEIL DER LKW MIT ALTERNATIVEN ANTRIEBEN BEI 1,75 PROZENT

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	20/9976 http://tsp.pm/3TtQ12	Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (20/9634)

Von den 3,94 Millionen in Deutschland zugelassenen Nutzfahrzeugen (Lkw und Sattelzugmaschinen) verfügen 68.921 (1,75 Prozent) über eine alternative Antriebsart (Stand: 1. Juli 2023). Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion hervor. Danach verfügen 68.312 Fahrzeuge über einen batterieelektrischen Antrieb und 92 Fahrzeuge über eine Wasserstoff-Brennstoffzelle. Dazu kommen noch 517 Plug-In-Hybride. Gleichwohl hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, dass bis 2030 ein Drittel der Fahrleistung von Nutzfahrzeugen elektrisch oder auf Basis strombasierter Kraftstoffe erbracht werden sollen. Zur Umsetzung dieses Ziels gehöre unter anderem die Förderung der Beschaffung von Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben, die Steuerung des Aufbaus einer mit dem Fahrzeughochlauf abgestimmten Tank- und Ladeinfrastruktur und die Schaffung eines zielgerichteten regulatorischen Umfelds, "insbesondere die Einführung einer CO₂-basierten Lkw-Maut", heißt es in der Antwort. Mit der Richtlinie über die Förderung von leichten und schweren Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben und dazugehöriger Tank- und Ladeinfrastruktur für elektrisch betriebene Nutzfahrzeuge (KsNI-Richtlinie) sei bislang rund eine Milliarde Euro für die Förderung klimafreundlicher Nutzfahrzeuge und zugehöriger Tank- und Ladeinfrastruktur bewilligt worden, schreibt die Bundesregierung. Die Planung und der Aufbau der Ladeinfrastruktur für E-Lkw sei ein Schwerpunkt im Masterplan Ladeinfrastruktur II. (hib)

VERKEHR

ELEKTROMOBILITÄT

WASSERSTOFF

FRAKTIONEN

RÜCKENWIND FÜR UNSERE WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der SPD-Fraktion	http://tsp.pm/vAlmvV	–

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, dass das Bundesjustizministerium den Referentenentwurf zum Bürokratieentlastungsgesetz veröffentlicht hat. Damit beginnt ein wichtiger Prozess, um Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Esra Limbacher, Mittelstandsbeauftragter und zuständiger Berichterstatter: "[...] Damit werden wir die Wirtschaft, unseren Mittelstand und die Gesellschaft insgesamt entlasten und für notwendigen Rückenwind sorgen. Die Bürokratieentlastung ist neben anderen Programmen zur Förderung unserer Wirtschaft ein entscheidender Baustein. Derzeit bereiten wir uns intern auf das parlamentarische Verfahren vor. Neben den Vorschlägen aus der Bundesregierung wollen wir hier auch eigene Vorschläge aus der SPD-Bundestagsfraktion einbringen." Zanda Martens, zuständige Berichterstatterin: "[...] Für uns als SPD-Bundestagsfraktion ist es wichtig, zwischen unnötiger Bürokratie und Normen, die Schutzstandards betreffen, zu unterscheiden. Notwendige Bürokratieentlastung darf nicht zum Abbau von Schutz- und Sozialstandards führen. [...]"

WIRTSCHAFT

STAKEHOLDER

ENERGIEWIRTSCHAFT

INES

09.01.2024

INES ÜBERMITTELT DETAILANALYSE ZUM WASSERSTOFF-KERNNETZ

Im Rahmen eines Konsultationsverfahrens zum Antragsentwurf für das Wasserstoff-Kernnetz hat INES eine Stellungnahme in Form einer *Detailanalyse* bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Die Detailanalyse macht deutlich, dass das Wasserstoff-Kernnetz bereits auf eine längerfristige Bedarfsperspektive weit über das Jahr 2032 hinaus ausgelegt wird. Im Einklang mit dieser Perspektive stehen die angenommenen Elektrolyse- und Terminalkapazitäten. Während die Importkapazitäten an Grenzübergangspunkten über die längerfristige Bedarfsperspektive hinaus dimensioniert werden, beinhalten die Planungen für Wasserstoffspeicher nur aktuell bekannte Projekte. Durch eine stärkere Berücksichtigung von Speicherkapazitäten und eine Reduktion der Importkapazitäten ließen sich die Transportanforderungen in den gewählten Lastfällen zur Auslegung des Wasserstoff-Kernnetzes verringern. [...]

<http://tsp.pm/Fv5ziy>

WASSERSTOFF

ENERGIEPOLITIK

NETZ

ERNEUERBARE ENERGIEN

BEE

08.01.2024

RESERVIERUNGSMECHANISMUS FÜR NETZKAPAZITÄT: OPTIMIERUNGSVORSCHLÄGE LIEGEN AUF DEM TISCH

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) hat eine Stellungnahme zum Umsetzungsentwurf "Reservierungsmechanismus Netzkapazität" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eingereicht. "Der BEE begrüßt den Vorschlag eines gestuften Konzepts zur Reservierung von Netzanschlussleistung, sieht aber noch den Bedarf an Nachschärfungen der einzelnen Stufen. Bestehende Pönalen und Umsetzungsmotivationen wie in § 55 EEG müssen mit berücksichtigt werden", so BEE-Präsidentin Dr. Simone Peter. "Ohne einen Netzanschluss können EE-Anlagen ihren Strom nicht ins deutsche Netz einspeisen. Die Zahl der möglichen Anschlusspunkte ist aber begrenzt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die erfolgreiche Reservierung von Netzanschlusskapazitäten eine kritische Phase für viele Projekte ist, unter anderem da keine homogene Regelung besteht", so Peter. "Weiter steigende Ausbautzahlen werden dieses Problem zunehmend verschärfen, sodass es die Branche der Erneuerbaren Energien begrüßt, wenn an dieser Stelle ein die Stakeholder übergreifender, bundeseinheitlicher Konsens gefunden wird, der das Problem entschärfen kann." [...]

<http://tsp.pm/rSJctb>

NETZ

ERNEUERBARE

ENERGIEPOLITIK

BWE

08.01.2024

ARTENSCHUTZ WISSENSCHAFTSBASIERT UND PRAXISNAH AUSGESTALTEN!

In einer neuen Stellungnahme kritisiert der Bundesverband WindEnergie BWE den Entwurf einer Rechtsverordnung zur Einführung einer Habitatpotentialanalyse (HPA). In ihrer gegenwärtigen Form verfehle das Instrument nicht nur seine Ziele, es führe auch zu einer Verlangsamung des Ausbaus der Windenergie. BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek: "Der derzeit vorliegende Entwurf einer Rechtsverordnung zur Habitatpotentialanalyse (HPA) hat eklatante Schwächen. An erster Stelle ist zu kritisieren, dass der Entwurf eine Verschärfung gegenüber dem Wortlaut des Textes im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) darstellt. Die HPA bewertet die Güte von Nahrungshabitaten und soll auf dieser Basis Rückschlüsse auf die Kollisionswahrscheinlichkeit von Greifvögeln mit Windenergieanlagen ermöglichen. Im vorliegenden Entwurf wird über die Bewertung von Nahrungshabitaten im Umfeld von Windenergieanlagen von einer deutlichen Risikoerhöhung für als windenergiesensibel geltende Arten in den Prüfbereichen ausgegangen, ohne dass dies nachvollziehbar ist. Zentrale Begriffe in der Rechtsverordnung bleiben unklar und scheinen willkürlich. Insgesamt ist die Verordnung zu schwammig und in ihrer Komplexität nicht praxistauglich. Eine einseitig auf Nahrungshabitats beschränkte Methode entspricht zudem nicht mehr dem aktuellen Erkenntnisstand der Forschung. Dadurch wird eine evidenzbasierte Herangehensweise an den Artenschutz erschwert." [...]

<http://tsp.pm/zpSpxQ>

ERNEUERBARE

UMWELT-, NATUR- UND ARTENSCHUTZ

WIND AN LAND

FA Wind

11.01.2024

2023 – EIN SPITZENJAHR FÜR DEN WINDENERGIEAUSBAU

Mehr als 3,5 GW neu installierte und über 7,4 GW neu genehmigte Leistung brachten 2023 deutlichen Schub für die Windenergie. Die Entwicklung der Windenergie war im Jahr 2023 von deutlichen Aufwärtstrends geprägt. Der Brutto-Zubau an Leistung überschritt die 3,5 Gigawatt-Schwelle – ein Maß das letztmalig im Jahr 2017 erreicht wurde. Ein Drittel der neu installierten Leistung (1,2 GW) verbucht Schleswig-Holstein auf sich, womit das Land unangefochten Platz 1 im Länderranking belegt. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Niedersachsen (0,6 GW) und Nordrhein-Westfalen (0,5 MW). Den Wermutstropfen für den Zubau lieferte die Südregion, wo lediglich sieben Prozent der letztjährigen Neuanlage. [...] In der ersten Februar-Hälfte veröffentlicht die FA Wind eine ausführliche Analyse mit den abschließenden Zahlen zur Entwicklung der Windenergie im Jahr 2023.

<http://tsp.pm/vhRyRA>

WIND AN LAND

ENERGIEPOLITIK

ERNEUERBARE

WAB, Stiftung OW et al.

10.01.2024

DIE AUSSCHREIBUNGSREGELN FÜR OFFSHORE-WIND-FLÄCHEN IN DEUTSCHLAND: EIN SPIELTHEORETISCHES EXPERIMENT MIT INDUSTRIE- UND WETTBEWERBSPOLITISCHEM KOLLATERALSCHADEN

Am heutigen Mittwoch hat die Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE eine Analyse und Grundsatzkritik des aktuellen Ausschreibungsdesigns für Offshore-Wind-Flächen in Deutschland veröffentlicht. Gemeinsam mit den Erneuerbaren Energien & Offshore-Wind-Organisationen WAB (WAB), Erneuerbaren Energien Cluster Hamburg (Förderverein EEHH) & WindEnergy Network (WEN) sieht die Stiftung dringenden Anpassungs- und Handlungsbedarf. Anderenfalls drohe Deutschland, die Fehler bei der Versteigerung von UMTS-Lizenzen zu wiederholen – mit dem Risiko von massiven industriepolitischen Nachteilen, einer Schwächung der Wettbewerbs- und Akteursvielfalt und der Schaffung neuer energiepolitischer Abhängigkeiten. [...]

<http://tsp.pm/Vc8aTl>

WIND AN LAND

KLIMAPOLITIK

RECHT/REGULIERUNG

BWE

12.01.2024

STARKES INTERESSE AN KNOW-HOW DER ENERGIEWENDE IN NAHOST

BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek begleitete in ihrer Funktion als Geschäftsführerin der Landwind Gruppe in dieser Woche Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck bei seiner Delegationsreise in den Nahen Osten. Die Delegation kehrte in der Nacht zum Freitag zurück. Bärbel Heidebroek: "Der überwiegende Eindruck der Reise ist der einer Region im Wandel. Nach der COP 28 gab es von vielen Seiten die Befürchtung, dass es sich bei den Zusagen der Region lediglich um Lippenbekenntnisse handelte. Diese Reise hat deutlich gemacht, dass dem nicht so ist. So hat beispielsweise der Oman 17 Prozent seiner Landesfläche zur Nutzung für erneuerbare Energien ausgewiesen. Auf diesen Flächen sollen kombinierte Anlagen zur Erzeugung von grünem Wasserstoff entstehen. Auch Saudi-Arabien setzt auf den umfangreichen Ausbau erneuerbarer Energien. Die Länder haben klare Pläne mit definierten Zielen erarbeitet. Der Willen zum Wandel ist vor Ort greifbar." [...]

<http://tsp.pm/8p3yro>

ERNEUERBARE

ENERGIEPOLITIK

INTERNATIONAL

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

BUND

09.01.2024

BODENATLAS 2024: BODEN SCHÜTZEN – ERNÄHRUNGSSICHERHEIT, KLIMA- UND NATURSCHUTZ ZUSAMMEN DENKEN

Intakte Böden sind eine Grundvoraussetzung, um gesunde, vielfältige Lebensmittel zu erzeugen, das Klima zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten. Aber der Zustand der Böden ist schlecht, mehr als ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Flächen weltweit gelten als degradiert. [...] Gleichzeitig kommt Böden eine immer größere Bedeutung in der internationalen Klimadebatte zu, was die Verteilungskonflikte um Land massiv verschärft. Was dringend gebraucht wird, sind abgestimmte politische Anstrengungen zum Bodenschutz, die die verschiedenen Nutzungsformen zusammen denken und sich an Menschenrechten orientieren. Wie diese aussehen könnten, darauf gibt der Bodenatlas 2024 erste Antworten. [...] Dr. Jes Weigelt, stellvertretender Geschäftsführer TMG: "Aufgrund der Fähigkeit von Böden, das Klimagas CO₂ zu speichern, und des Flächenbedarfs für Klimaschutzmaßnahmen wie etwa Aufforstung erlangen Böden eine immer größere Bedeutung in der internationalen Klimadebatte. Denn Böden sind die größten CO₂-Speicher an Land. Gleichzeitig benötigen die geplanten Klimaschutzmaßnahmen aller Länder rechnerisch 1,2 Milliarden Hektar Land – eine Fläche dreimal so groß wie die EU. Eine Zunahme an Konflikten um Land und Boden ist vorprogrammiert. Verlierer werden die Schwächsten sein, die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und die indigenen Bevölkerungsgruppen. Nur wenn politisch kohärente, auf den Menschenrechten basierende Maßnahmen zu Nutzung und Erhalt der Böden entwickelt werden, können wir diese Konflikte verhindern und gleichzeitig die Klimaziele erreichen."

<http://tsp.pm/5PaD5e>

UMWELT-, NATUR- UND ARTENSCHUTZ

KLIMAPOLITIK

NEGATIVEMISSIONEN

DUH

09.01.2024

OSTSEEHERING GEFÄHRDET: DEUTSCHE UMWELTHILFE BEANTRAGT SOFORTIGEN BAUSTOPP DES LNG-PROJEKTS RÜGEN NACH ZULASSUNG WEITERER BAUARBEITEN AN ANSCHLUSSPIPELINE

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat heute Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht und einen sofortigen Stopp der Bauarbeiten an der Anschlusspipeline für das LNG-Terminal Rügen beantragt. Zuvor hatte das Bergamt Stralsund gestern Abend den Weiterbau der noch nicht fertig gestellten Pipeline auch für die Monate Januar und Februar zugelassen, obwohl ursprünglich ein absolutes Bauverbot während der Heringslaichzeit von Januar bis Mai festgelegt wurde. Der Gasnetzbetreiber Gascade hatte die Arbeiten beantragt, um die Pipeline im Bereich des Greifswalder Bodden an mehreren Unterwasserbaustellen mit Sediment abzudecken. Diese Arbeiten sollten selbst laut Gascade und gerade mit Rücksicht auf die Laichzeit vor Jahresende abgeschlossen werden. Die Folgen der jetzt in Januar und Februar zugelassenen Bauarbeiten für das sensible Ökosystem der Ostsee als auch für die Fischerei wären fatal. Die DUH fordert von Bundes- und Landesregierung, an der Baubeschränkung für die Monate Januar bis Mai festzuhalten und währenddessen das Gesamtprojekt einer Prüfung zu unterziehen. [...]

<http://tsp.pm/oTabor>

GAS/LNG

UMWELT-, NATUR- UND ARTENSCHUTZ

DUH

11.01.2024

ETAPPENSIEG FÜR DEUTSCHE UMWELTHILFE IN EILVERFAHREN: BUNDESVERWALTUNGSGERICHT TRÄGT PIPELINE-BETREIBER GASCADE AUF, BAUARBEITEN AN LNG-PIPELINE VOR RÜGEN ZUNÄCHST ZU STOPPEN

Auf Antrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) hat das Bundesverwaltungsgericht heute dem Gasnetzbetreiber Gascade aufgetragen, die Bauarbeiten an der Anschlusspipeline für das LNG-Terminal Rügen vorläufig zu stoppen. Gascade wollte im Bereich des Greifswalder Bodden gleich an mehreren Unterwasserbaustellen die Pipeline mit Sediment und Steinen abdecken. Für den Zeitraum von Januar bis Mai gilt wegen Laichzeit des Herings sowie Vogelrastzeit jedoch eigentlich ein absolutes Bauverbot. Gascade hatte dafür beim Bergamt Stralsund eine Ausnahme beantragt und auch eine Erlaubnis erhalten. Dagegen war die DUH vor dem Bundesverwaltungsgericht mit einem Eilantrag vorgegangen. Mit dem Auftrag an Gascade, die Bauarbeiten vorläufig einzustellen, ist das Gericht nun dem Antrag der DUH gefolgt. [...]

<http://tsp.pm/atm4jX>

KLIMAPOLITIK

UMWELT-, NATUR- UND ARTENSCHUTZ

GAS/LNG

NABU

11.01.2024

RENATURIERTE FLÜSSE SCHÜTZEN VOR HOCHWASSER

Die Folgen des Winterhochwassers in weiten Teilen Deutschlands sind dramatisch. Immer noch stehen ganze Ortschaften flächendeckend im Wasser, welches nun durch den Temperatursturz gefriert. Durch die Klimakrise werden über Tage andauernde Regenfälle im Winter in Zukunft eher häufiger auftreten. Das Land muss sich also gegen Hochwasser wappnen. Doch ein rein technischer Schutz reicht nicht aus, betont der NABU. Nur eine Renaturierung unserer Flüsse und Auen sowie die Verbesserung des Wasserrückhaltes in der Landschaft kann die Folgen von Hochwasser deutlich abmildern und gleichzeitig Dürren sowie Überhitzungen vorbeugen. [...]

<http://tsp.pm/loPtav>

UMWELT-, NATUR- UND ARTENSCHUTZ

KLIMAAANPASSUNG

KLIMAPOLITIK

WIRTSCHAFT

VCI

11.01.2024

WEITERES BÜROKRATIEMONSTRUM ENTSTEHT

Statt die Weichen für eine schnellere Transformation der Wirtschaft zu stellen, führt die geplante Richtlinie direkt auf das Abstellgleis der Bürokratie, bemängelt der Verband der Chemischen Industrie (VCI). Ulrike Zimmer, VCI-Bereichsleiterin Technik und Umwelt, kommentiert: "Die chemisch-pharmazeutische Industrie unterstützt den europäischen Green Deal für mehr Klimaschutz. Doch mit dem jetzt vorliegenden Kompromiss entsteht ein weiteres Bürokratiemonstrum, ohne dass davon die Umwelt profitiert. Wir fürchten: Die Genehmigungsverfahren werden noch länger und komplizierter. Das wird die Transformation zu einer klimaneutralen Industrie unnötigerweise verzögern." Deshalb appelliert der Chemieverband an die Bundesregierung, die neuen Vorschriften bei der Umsetzung in deutsches Recht nicht noch weiter zu verschärfen und Spielräume zu nutzen. [...]

<http://tsp.pm/3k27oW>

EU

RECHT/REGULIERUNG

WIRTSCHAFT

SONSTIGE

ADFC, Allianz pro Schiene, EVG, IG Metall, Zukunft Fahrrad

10.01.2024

BÜNDNIS: VERKEHRSWENDE BRAUCHT ZEITENWENDE

Genau ein Jahr nach dem ersten Mobilitätsgipfel der Bundesregierung fordert ein Bündnis aus Verbänden und Gewerkschaften klare Prioritäten in der Verkehrspolitik. IG Metall, EVG, Allianz pro Schiene, ADFC und Zukunft Fahrrad appellieren an die Koalition, in der verbleibenden Amtszeit ihre Verkehrspolitik stärker an ökologischen und sozialen Kriterien auszurichten und die Industrie für veränderte Arbeitsplätze zu wappnen. Ziel muss dem Bündnis zufolge eine gesetzlich verankerte Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland sein. Am Anfang müsse ein eindeutiges Bekenntnis zu neuen Prioritäten in der Verkehrspolitik stehen, sagte der der EVG-Vorsitzende Martin Burkert. "Mobilität ist mehr als Automobilität. Autobahnen und Bundesstraßen hat Deutschland genug, Schienenstrecken und Radschnellwege zu wenig", so Burkert. Dieser neuen Priorisierung müsse auch eine andere Art der Finanzierung folgen. "Es braucht einen verkehrsträgerübergreifenden Infrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild, der für mehrere Jahre aufgestellt wird. Nur so gibt es eine sichere Finanzierungsgrundlage für die Verkehrswende."

Der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege, sagte dazu: "Finanzmittel aus dem Neubau von Bundesfernstraßen müssen zur Gegenfinanzierung umgeschichtet und Steuern im Mobilitätsbereich neu ausgerichtet werden." Auch bei der Radinfrastruktur sieht das Bündnis großen Nachholbedarf. [...] Zur Verkehrswende gehört für das Bündnis auch, veränderte und neue Arbeitsplätze mitzudenken und deren Qualität zu sichern. [...] Das Bündnis regt an, in Deutschland eine Mobilitätsgarantie einzuführen – so wie sie in Österreich und der Schweiz bereits existiert. "Das bedeutet Mindeststandards im ganzen Land und einen gesetzlichen Anspruch auf Mobilitätsdienstleistungen", sagte Dirk Flege im Namen aller Beteiligten. "Die Verkehrswende ist auch eine Chance, dass vieles besser wird – ökologisch, ökonomisch und sozial."

<http://tsp.pm/hUUIcg>

VERKEHR

KLIMAPOLITIK

VCI

11.01.2024

DER UMWELTAUSSCHUSS DES EU-PARLAMENTS HAT DEM TRILOGERGEBNIS ZUR IED- RICHTLINIE ZUGESTIMMT

Statt die Weichen für eine schnellere Transformation der Wirtschaft zu stellen, führt die geplante Richtlinie direkt auf das Abstellgleis der Bürokratie, bemängelt der Verband der Chemischen Industrie (VCI). Ulrike Zimmer, VCI-Bereichsleiterin Technik und Umwelt, kommentiert: "Die chemisch-pharmazeutische Industrie unterstützt den europäischen Green Deal für mehr Klimaschutz. Doch mit dem jetzt vorliegenden Kompromiss entsteht ein weiteres Bürokratiemonstrum, ohne dass davon die Umwelt profitiert. Wir fürchten: Die Genehmigungsverfahren werden noch länger und komplizierter. Das wird die Transformation zu einer klimaneutralen Industrie unnötigerweise verzögern." Deshalb appelliert der Chemieverband an die Bundesregierung, die neuen Vorschriften bei der Umsetzung in deutsches Recht nicht noch weiter zu verschärfen und Spielräume zu nutzen. [...]

<http://tsp.pm/diPvCP>

WIRTSCHAFT

EU

KLIMAPOLITIK



ÜBERSICHT ZUM 15.01.2024

Status der Gesetzgebungsverfahren zum 15.01.2024

NEU

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

20/9999

Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024

IM PROZESS

AUSSCHUSS BUNDESRAT

7/24

Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Vermeidung kurzfristig auftretender wirtschaftlicher Härten für den Ausbau der erneuerbaren Energien

AUSSCHUSS BUNDESRAT

651/23

... Gesetz zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes

AUSSCHUSS BUNDESRAT

621/23

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/9890

Gesetz zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümersammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/8295

Erstes Gesetz zur Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/6905

Gesetz zum beschleunigten Ausbau von Balkonkraftwerken (BalKraftBeschG)

1. LESUNG BUNDESTAG

20/10014

Drittes Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

AUSSCHUSS BUNDESRAT

657/23

Zweite Verordnung zur Änderung der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung

BUNDESKABINETT

20/9844

Verordnung zur Neufassung der siebenunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/9094

Zweites Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/8657

Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/8290

Zweites Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

20/8093

Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZGÄndG)

AUSSCHUSS BUNDESTAG

20/7800

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

20/7502

Gesetz zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht

2. BERATUNG BUNDES RAT

588/23

Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz)

BERATUNG BUNDES RAT

392/23

Vierte Verordnung zur Änderung der Mess- und Eichverordnung

VERABSCHIEDET

Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen

NEU

20/9999

ZWEITES HAUSHALTSFINANZIERUNGSGESETZ 2024

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP	Nicht zustimmungspfl.	–

Gegenstand des Gesetzes sind Gesetzesänderungen, die im Zuge der Neuaufstellung des Haushaltsentwurfs 2024 als Folge des Urteils des BVerfG notwendig geworden sind. Darunter fallen etwa die Erhöhung der Luftverkehrssteuer, die Änderung des WindSeeG oder die weitere Minderung des Erhöhungsbetrages des zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung.

AKTUELLER STATUS**BUNDESTAG**

● 11.01.2024: Anhörung

○ 15.01.2024: Anhörung

○ vsl. 17.01.2024: 1. Lesung

○ vsl. 31.01.2024: Ausschuss

○ vsl. 01.02.2024: 2./3. Lesung

BUNDESRAT

○ vsl. 02.02.2024: Beratung

15.01.2024: Öffentliche AnhörungGesetzentwurf (20/9999) <http://tsp.pm/PFuJZO>Sachverständigenliste <http://tsp.pm/4gBqlk>Stellungnahmen <http://tsp.pm/rIPNBC>Sachverständigenliste <http://tsp.pm/qCvDF6>Stellungnahmen <http://tsp.pm/Cc5Qkb>

Überweisung (vsl. federführend: Haushaltsausschuss)

IM PROZESS

7/24

GESETZES ZUR ÄNDERUNG DES ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZES ZUR VERMEIDUNG KURZFRISTIG AUFTRETENDER WIRTSCHAFTLICHER HÄRTEN FÜR DEN AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Zustimmungspf.	–

Um kurzfristig auftretende wirtschaftliche Härten für Betreiber und Projektierer von Windparks ab dem 01.01.2024 zu vermeiden, soll ein Teil des sich im parlamentarischen Verfahren befindlichen Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung ausgeklammert und in diesen Gesetzesentwurf überführt werden. Dabei handelt es sich um die sogenannte Nachkennzeichnung (BNK), längere Realisierungsfristen für neue Windprojekte und die Direktvermarktung von Grünstrom.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: Ausschuss Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
27.06.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/OLDtZu
16.08.2023	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/8PI2rZ
BUNDES RAT	Gesetzesentwurf (383/23) https://tsp.pm/yVigri
14.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (383/1/23) https://tsp.pm/BPS8R2
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (383/23(B)) https://tsp.pm/dOZwZL Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/nvllpJ
BUNDE STAG	Gesetzesentwurf (20/8657) https://tsp.pm/TPIBGg
27.09.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
11.10.2023: Ausschuss	
18.10.2023: Anhörung	Absetzung von TO
18.10.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
19.10.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Klimaschutz und Energie) Plenarprotokoll (20/131) https://tsp.pm/SXzCYR
15.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/0MMMku Stellungnahmen https://tsp.pm/u7V6LH
13.12.2023: Ausschuss	Erste Beschlussempfehlung und Erster Bericht https://tsp.pm/gYgOEI
15.12.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/145) https://tsp.pm/viwb5H
BUNDE SRAT	Gesetzesentwurf (7/24) http://tsp.pm/1mgfQ
18.01.2024: Ausschuss	
vsl. 02.02.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

651/23

... GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES WINDENERGIEFLÄCHENBEDARFSGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesrat	Bayern	Zustimmungspfl.	–

Um den Ländern die Erfüllung der in § 3 WindBG geregelten Verpflichtungen zu ermöglichen, werden die nach § 30 Absatz 2 Satz 1 und 4 LuftVG zuständigen Dienststellen der Bundeswehr, namentlich das BAIUDBw, verpflichtet, den für die Landes- und Bauleitplanung zuständigen obersten Dienstbehörden der Länder erstmals bis Ende 2024 sowie im Anschluss im Abstand von zwei Jahren in Kartenform die Gebiete mitzuteilen, in denen nicht mit der Erhebung mit militärischen Belangen begründeter Einwendungen nach den §§ 12 bis 18a LuftVG gegen die Errichtung oder den Betrieb von Windenergieanlagen zu rechnen ist.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: Ausschuss Bundesrat



BUNDESRAT

Gesetzentwurf (651/23) <https://tsp.pm/H33da0>



18.01.2024: Ausschuss



vsl. 02.02.2024: 1. Beratung



BUNDESTAG

IM PROZESS

621/23

ZWEITE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER VERORDNUNG ÜBER DIE BESCHAFFENHEIT UND DIE AUSZEICHNUNG DER QUALITÄTEN VON KRAFT- UND BRENNSTOFFEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMUV	Zustimmungspfl.	–

Die Änderung der 10. BImSchV dient der Umsetzung der geänderten EU-Richtlinie über die Qualität von Otto- und Dieselmotoren, mit der Diesel B10 eingeführt wird. Darüber hinaus verpflichtet die Richtlinie die Mitgliedstaaten, die Verfügbarkeit der Bestandsschutzsorte Diesel B7 sicherzustellen. Die Änderung der 10. BImSchV dient zudem der rechtlichen Anpassung an die Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. Außerdem soll paraffinischer Dieselmotoren (XTL) aus Synthese oder Hydrierungsverfahren als Reinkraftstoff nach der Norm DIN EN 15940 in die 10. BImSchV aufgenommen werden.

AKTUELLER STATUS

15.01.2024: Ausschuss Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
● 03.08.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/HBHRpr Stellungnahmen https://tsp.pm/QG2oGe
● 22.11.2023: Kabinett	Verordnung https://tsp.pm/SnB65s
BUNDESRAT	Verordnung (621/23) https://tsp.pm/Z70viy
○ 15.01.2024: Ausschuss	
○ vsl. 02.02.2024: Beratung	

IM PROZESS

20/9890

GESETZ ZUR ZULASSUNG VIRTUELLER WOHNUNGSEIGENTÜMERVERSAMMLUNGEN, ZUR ERLEICHTERUNG DES EINSATZES VON STECKERSOLARGERÄTEN UND ZUR ÜBERTRAGBARKEIT BESCHRÄNKTER PERSÖNLICHER DIENSTBARKEITEN FÜR ERNEUERBARE-ENERGIEN-ANLAGEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJ	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll im Wohnungseigentumsgesetz (WEG) eine Beschlusskompetenz für Wohnungseigentümer geschaffen werden, um künftig rein virtuelle Wohnungseigentümersammlungen abhalten zu können. Außerdem sind Änderungen im Wohnungseigentumsrecht und im Mietrecht vorgesehen, damit die Stromerzeugung durch Steckersolargeräte in den Katalog der sogenannten privilegierten Maßnahmen aufgenommen wird. Die Ausnahmen von der Unübertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten in § 1092 Absatz 3 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sollen für juristische Personen und für rechtsfähige Personengesellschaften um Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie erweitert werden.

AKTUELLER STATUS

17.01.2024: Ausschuss Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
31.05.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/KXtoq1 Synopsis https://tsp.pm/tR6SAf
13.09.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/E93ibC Synopsis https://tsp.pm/8YTald
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (508/23) https://tsp.pm/z7yVdh
08.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (508/1/23) https://tsp.pm/tQjtvL
24.11.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (508/23(B)) https://tsp.pm/On0saL Plenarprotokoll (1038) https://tsp.pm/dPnl6t
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/9890) https://tsp.pm/DEdo07
17.01.2024: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung Berichterstatter: Mansoori (SPD) Luczak (CDU/CSU), Bayram (Grüne), Willkomm (FDP), Jacobi (AfD)
18.01.2024: 1. Lesung	Überweisung (vgl. federführend: Rechtsausschuss)
BUNDESRAT	
vsl. 06.03.2024: Ausschuss	
vsl. 22.03.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/8295

ERSTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES SAUBERE-FAHRZEUGE-BESCHAFFUNGS-GESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMDV	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Gesetz soll ausgeschlossen werden, dass synthetische Kraftstoffe der DIN 15940 fossilen Ursprungs bei der Erfüllung der Beschaffungsziele von schweren Nutzfahrzeugen oder Dienstleistungen gemäß SaubFahrzeugBeschG beitragen können.

AKTUELLER STATUS**17.01.2024: Ausschuss Bundestag**

BUNDESREGIERUNG	
05.05.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/63v463 Stellungnahmen https://tsp.pm/wPH2SN
21.06.2023: Kabinett	Gesetzentwurf
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (380/23) https://tsp.pm/kTIZOm
13.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (380/1/23) https://tsp.pm/XJCH70
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (380/23(B)) https://tsp.pm/NyrwME Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/Md8wtX
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/8295) https://tsp.pm/LkcnPG
21.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Verkehrsausschuss) Plenarprotokoll (20/122) https://tsp.pm/yR6dor
11.10.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
18.10.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
19.10.2023: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
13.12.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
17.01.2024: Ausschuss	
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/6905

GESETZ ZUM BESCHLEUNIGTEN AUSBAU VON BALKONKRAFTWERKEN (BALKRAFTBESCHG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	CDU/CSU-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz werden Ansprüche von Mietern und (Mit-)Eigentümern auf Anbringung und Nutzung von steckerfertigen Photovoltaik-Anlagen (Balkonkraftwerken) geschaffen.

AKTUELLER STATUS

BUNDESTAG	17.01.2024: Ausschuss Bundestag
	Gesetzentwurf (20/6905) https://tsp.pm/ZQ0U1a
25.05.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Rechtsausschuss) Plenarprotokoll (20/106) https://tsp.pm/U87Lhy
17.01.2024: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung Berichterstatter: Mansoori (SPD) Luczak (CDU/CSU), Bayram (Grüne), Willkomm (FDP), Jacobi (AfD)
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/10014

DRITTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Nicht zustimmungspfl.	–

Aufbauend auf der geplanten Schaffung eines Wasserstoff-Kernetzes als erste Stufe enthält der vorliegende Gesetzentwurf die zweite Stufe zur Entwicklung eines Wasserstoffnetzes für die Beschleunigung des Wasserstoffhochlaufs. Ziel ist es, über das Wasserstoff-Kernetz hinaus weitere Wasserstoffverbraucher und -erzeuger sowie Wasserstoffspeicher anzubinden und ein flächendeckendes, vermaschtes Wasserstoffnetz aufzubauen. Gleichzeitig enthält der Gesetzentwurf Regelungen zur Finanzierung des Wasserstoff-Kernetzes.

AKTUELLER STATUS**19.01.2024: 1. Lesung Bundestag**

BUNDESREGIERUNG	
12.10.2023	Referentenentwurf
15.11.2023: Kabinett	Gesetzentwurf
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (590/23) https://tsp.pm/u6nYts
30.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (590/1/23) https://tsp.pm/Jno3f1
15.12.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (590/23(B)) https://tsp.pm/1iARfP Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/U1lUe9
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/10014) http://tsp.pm/vVnyy3
17.01.2024: Ausschuss	Anberatung und Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung
19.01.2024: 1. Lesung	Überweisung (vsl. federführend: Ausschuss für Klimaschutz und Energie)
vsl. 21.02.2024: Anhörung	
vsl. 21.02.2024: Ausschuss	
vsl. 22.02.2024: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 07.03.2024: Ausschuss	
vsl. 22.03.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

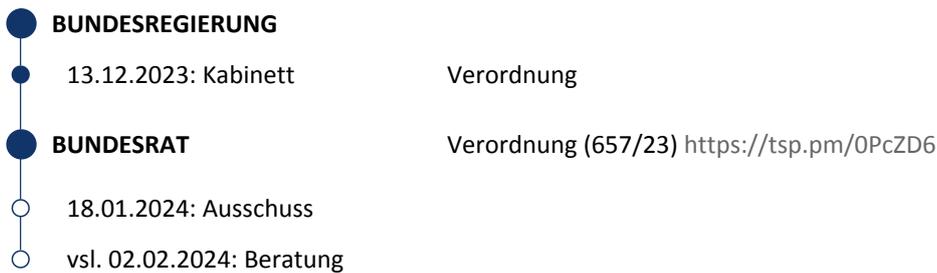
657/23

ZWEITE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER PKW-ENERGIEVERBRAUCHSKENNZEICHNUNGSVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Zustimmungspf.	–

Mit der Verordnung werden die Vorgaben der Pkw-EnVKV an die EU-Verordnung 2017/1151 angepasst und konkretisiert. Das betrifft das WLTP-Prüfverfahren (Worldwide harmonised Lightduty vehicles Test Procedure) zur Messung von Kraftstoffverbrauch, CO₂-Emissionen und Stromverbrauch sowie deren Kennzeichnung.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: Ausschuss Bundesrat

IM PROZESS

20/9844

VERORDNUNG ZUR NEUFASSUNG DER SIEBENUNDDBREIßIGSTEN VERORDNUNG ZUR DURCHFÜHRUNG DES BUNDES-IMMISSIONSSCHUTZGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMUV	Zustimmungspfl.	–

Die Verordnung setzt Vorgaben um, die im Zusammenhang mit der Überarbeitung der europäischen RED II notwendig werden. Darunter fallen etwa Vorgaben für die Herstellung von flüssigen und gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffen nichtbiogenen Ursprungs für den Verkehr sowie für die Methode zur Ermittlung der Treibhausgaseinsparungen dieser Kraftstoffe. Außerdem wird das nationale Recht so geändert, dass künftig neben flüssigen oder gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffen nichtbiogenen Ursprungs und biogenen Ölen, die in einem raffinerietechnischen Verfahren gemeinsam mit mineralölstämmigen Ölen hydriert worden sind, auch biogener Wasserstoff auf die Treibhausgasquote anrechenbar ist.

AKTUELLER STATUS

13.12.2023: Bundeskabinett

BUNDESREGIERUNG

- 05.12.2023 Referentenentwurf <https://tsp.pm/I5sLrm>
- 13.12.2023: Kabinett Verordnung

BUNDESTAG

- Verordnung (20/9844) <https://tsp.pm/kmxcu0>
- vsl. 13.03.2024: Ausschuss
- vsl. 15.03.2024: Beratung

IM PROZESS

20/9094

ZWEITES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Das Gesetz dient der Verlängerung der Vorschriften des Teil 3a EnWG und § 49b EnWG. Damit sollen die wichtigen Füllstandsvorgaben für Gasspeicher fortgelten (1. September: 75 Prozent; 1. Oktober: 85 Prozent; 1. November: 95 Prozent; 1. Februar: 40 Prozent). Ferner soll die Möglichkeit der temporären Höherauslastung des Höchstspannungsnetzes (§ 49b EnWG), die bisher nur für den Zeitraum bis Ende März 2024 vorgesehen war, um drei Jahre bis Ende März 2027 verlängert werden. Darüber hinaus sollen mit Hilfe einer Formulierungshilfe zur Änderung des HkNRG kurzfristig fehlenden Rechtsgrundlage für die HkNR-Verordnung geschaffen werden, da sich im Rahmen der Bearbeitung der Verordnung ergeben hat, dass einzelne Rechtsgrundlagen, die für eine vollständige Umsetzung der RED II erforderlich sind, im HkNRG fehlen oder unvollständig sind.

AKTUELLER STATUS**17.01.2024: Ausschuss Bundestag**

BUNDESREGIERUNG	
01.08.2023	Referentenentwurf
13.09.2023: Kabinett	Gesetzentwurf https://tsp.pm/bWA7fa
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (509/23) https://tsp.pm/BHUZ3h
09.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse https://tsp.pm/rSVJt0
24.11.2023: 1. Beratung	Keine Einwendungen (509/23(B)) https://tsp.pm/RvEGVx Plenarprotokoll (1038) https://tsp.pm/iHkrp
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (20/9094) https://tsp.pm/l8uNfr
09.11.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Klimaschutz und Energie) Plenarprotokoll (20/134) https://tsp.pm/ZT6J1z
15.11.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
13.12.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/LeSYT8 Stellungnahmen https://tsp.pm/VzWIEc
17.01.2024: Ausschuss	
vsl. 18.01.2024: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 02.02.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/8657

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZES UND WEITERER ENERGIEWIRTSCHAFTSRECHTLICHER VORSCHRIFTEN ZUR STEIGERUNG DES AUSBAUS PHOTOVOLTAISCHER ENERGIEERZEUGUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Nicht zustimmungspfl.	–

Um die mit dem EEG 2023 für die Photovoltaik beschlossenen Ausbauziele zu erreichen, sieht das Gesetz Regelungen zum stärkeren Zubau von Freiflächen- und Dachanlagen, zur Vereinfachung von Mieterstrom und zur Einführung einer gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung, zur Erleichterung der Nutzung von Steckersolargeräten (Balkon-PV) sowie zur Förderung für besondere Solaranlagen (sogenannte Agri-PV, Floating-PV, Moor-PV und Parkplatz-PV) und zur Beschleunigung des Verfahrens für den Anschluss von PV-Anlagen an das Stromnetz vor.

AKTUELLER STATUS

13.12.2023: Ausschuss Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
27.06.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/cBTKz6
16.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/8PaJUD
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (383/23) https://tsp.pm/A15eca
14.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (383/1/23) https://tsp.pm/dKz8qa
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (383/23(B)) https://tsp.pm/aMROVF Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/kbfIVg
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8657) https://tsp.pm/jxvkja
27.09.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
11.10.2023: Ausschuss	
18.10.2023: Anhörung	Absetzung von TO
18.10.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
19.10.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Klimaschutz und Energie) Plenarprotokoll (20/131) https://tsp.pm/J7VHWG
15.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/EKEhot Stellungnahmen https://tsp.pm/gSPSBq
13.12.2023: Ausschuss	Erste Beschlussempfehlung und Erster Bericht https://tsp.pm/dNJTS9
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/8290

ZWEITES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDES-KLIMASCHUTZGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Gesetz sollen im KSG Jahresemissionsgesamtmengen für alle Sektoren aggregiert eingeführt werden. Hinsichtlich einer Überschreitung der zur Zielerreichung festgelegten Jahresemissionsgesamtmengen sollen Projektionsdaten zur Bewertung herangezogen werden, um eine mehrjährige und vorausschauende Betrachtung vorzunehmen. Entscheidend für die Auslösung einer Nachsteuerung soll nunmehr eine sektor- und jahresübergreifende Gesamtbetrachtung der Jahresemissionsgesamtmengen der Jahre 2021 bis einschließlich 2030 sein. Ein Nachsteuerungsmechanismus soll ausgelöst werden, wenn die Prognose in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ergibt, dass die Jahresemissionsgesamtmengen in Summe überschritten werden. Außerdem sieht das Gesetz eine Verordnungsermächtigung für die Bundesregierung vor, im Jahr 2024 ein Ziel für technische Senken für die Jahre 2035, 2040 und 2045 zu bestimmen.

AKTUELLER STATUS**13.12.2023: Ausschuss Bundestag**

BUNDESREGIERUNG	
13.06.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/1TB3Jx
21.06.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf
BUNDES RAT	Gesetzesentwurf (384/23) https://tsp.pm/GQgD2C
14.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (384/1/23) https://tsp.pm/cUZloF
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (384/23(B)) https://tsp.pm/5Uyv4r Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/RZ4jQi
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8290) https://tsp.pm/rPZc6O
22.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Klimaschutz und Energie) Plenarprotokoll (20/123) https://tsp.pm/kOfskO
11.10.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
18.10.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
08.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/0MZJef Stellungnahmen https://tsp.pm/qCPmiQ
13.12.2023: Ausschuss	
BUNDES RAT	

IM PROZESS

20/8093

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ONLINEZUGANGSGESETZES SOWIE WEITERER VORSCHRIFTEN ZUR DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG (OZGÄNDG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	–

Mit dem Gesetz soll das Onlinezugangsgesetz (OZG), dessen Zielvorgaben zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nicht erreicht wurden, überarbeitet und weiterentwickelt werden. Dazu ist eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen. Unter anderem sollen die Umsetzungsfrist gestrichen, ein begleitendes Monitoring eingeführt und zentrale Basisdienste durch den Bund bereitgestellt werden. Beabsichtigt ist außerdem Digital-Only für Unternehmensleistungen, die Verbindlichkeit des einheitlichen Organisationskontos sowie die Bereitstellung eines einheitlich erreichbaren Beratungsangebots im Portalverbund. Das Once-Only-Prinzip soll durch eine Generalklausel festgeschrieben und die Möglichkeit der vollständigen elektronischen Abwicklung (Ende-zu-Ende-Digitalisierung) wesentlicher Verwaltungsleistungen geschaffen werden.

AKTUELLER STATUS

09.10.2023: Öffentliche Anhörung

BUNDESREGIERUNG	
20.01.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/zfNKPD Stellungnahmen https://tsp.pm/XKkK28
24.05.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/Fhkl21
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (226/23) https://tsp.pm/KsZ5gt
22.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (226/1/23) https://tsp.pm/prgLA0
07.07.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (226/23(B)) https://tsp.pm/4T0bf8 Plenarprotokoll (1035) https://tsp.pm/MJpcvY
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8093) https://tsp.pm/DeLJdR
20.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Inneres und Heimat) Plenarprotokoll (20/121) https://tsp.pm/pJWbFi
27.09.2023: Ausschuss	Berichterstatte: Kreiser (SPD), Heilmann (CDU/CSU), Khan (Grüne), Redder (FDP), Janich (AfD), Pau (fraktionslos) Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
09.10.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/ZqHwIC Stellungnahmen https://tsp.pm/gTpGmg
BUNDESRAT	

IM PROZESS

20/7800

GESETZ ÜBER DIE FESTSTELLUNG DES BUNDESHAUSHALTSPLANS FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2024 (HAUSHALTSGESETZ 2024)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Nicht zustimmungspfl.	–

Gemäß § 11 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung ist für das Haushaltsjahr 2024 ein Haushaltsplan aufzustellen. Der Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans werden gemäß § 29 Absatz 1 der Bundeshaushaltsordnung von der Bundesregierung beschlossen. Der vom Bundesministerium der Finanzen aufgestellte Entwurf des Haushaltsplans beruht auf den dem Bundesministerium der Finanzen von den jeweils zuständigen obersten Bundesbehörden übersandten Voranschlägen der Einzelpläne und den Ergebnissen der nachfolgenden bilateralen Ressortverhandlungen.

AKTUELLER STATUS

18.01.2024: Ausschuss Bundestag

BUNDESREGIERUNG	
05.07.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (320/23) https://tsp.pm/xUPVnw
14.09.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (320/1/23) https://tsp.pm/77kW2Z
29.09.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (320/23(B)) https://tsp.pm/vHb01A Plenarprotokoll (1036) https://tsp.pm/jvSxLt
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/7800) https://tsp.pm/RNnOl2
05.07.2023: Ausschuss	Berichtersteller: Rohde (SPD), Haase (CDU/CSU), Kindler (Grüne), Fricke (FDP), Boehring (AfD), Löttsch (fraktionslos)
05.09.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Haushaltsausschuss) Plenarprotokoll (20/117) https://tsp.pm/DwQvMd
16.11.2023: Ausschuss	Bereinigung
21.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/HkOy7r Stellungnahmen https://tsp.pm/GtfaSD
23.11.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
18.01.2024: Ausschuss	Bereinigung
vsl. 02.02.2024: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	
vsl. 02.02.2024: 2. Beratung	

IM PROZESS

20/7502

GESETZ ZUR VERBESSERUNG DES KLIMASCHUTZES BEIM IMMISSIONSSCHUTZ, ZUR BESCHLEUNIGUNG IMMISSIONSSCHUTZRECHTLICHER GENEHMIGUNGSVERFAHREN UND ZUR UMSETZUNG VON EU-RECHT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMUV	Zustimmungspf.	–

Mit dem Gesetz wird das Klima als ausdrückliches Schutzgut in das Bundes-Immissionsschutzgesetz aufgenommen. Es wird klargestellt, dass Anlagen bei ernsthaften umweltbezogenen Unfällen und Vorfällen und bei Verstößen gegen die Vorschriften sobald wie möglich überprüft werden, unabhängig davon, wann die Genehmigung ausgestellt wurde oder wann die Genehmigung erneuert oder aktualisiert wird. Zum Repowering von Windenergieanlagen werden Klarstellungen und Anpassungen vorgenommen, um den Vollzug zu erleichtern und die Norm an die Vorgaben im Naturschutzrecht anzupassen.

AKTUELLER STATUS

20.09.2023: Öffentliche Anhörung

BUNDESREGIERUNG	
02.02.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/1kmQa2 Stellungnahmen https://tsp.pm/Fu9g2p
19.04.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/A6YHgu
BUNDESRAT	Gesetzesentwurf (201/23) https://tsp.pm/IBiIRT
01.06.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (201/1/23) https://tsp.pm/wYsTlk
16.06.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (201/23(B)) https://tsp.pm/oa3wdW Plenarprotokoll (1034) https://tsp.pm/MET0Ek
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/7502) https://tsp.pm/3OyeeQ
21.06.2023: Ausschuss	Berichtersteller: Rinkert (SPD), Karliczek (CDU/CSU), Ganserer (Grüne), Skudelny (FDP), Kraft (AfD), Mohamed Ali (fraktionslos) Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
06.07.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (20/115) https://tsp.pm/J4SUxD
20.09.2023: Anhörung	Sachverständigenliste https://tsp.pm/A4aLQ0 Stellungnahmen https://tsp.pm/38ZgRk
vsl. 17.01.2024: Ausschuss	
vsl. 19.01.2024: 2./3. Lesung	
BUNDESRAT	

IM PROZESS

588/23

GESETZ ZUR STÄRKUNG VON WACHSTUMSCHANCEN, INVESTITIONEN UND INNOVATION SOWIE STEUERVEREINFACHUNG UND STEUERFAIRNESS (WACHSTUMSCHANCENGESETZ)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMF	Zustimmungspf. Bes. eilbedürftig	–

Mit dem Ziel, die Liquiditätssituation von Unternehmen zu verbessern und Impulse zu setzen, damit sie dauerhaft mehr investieren und Innovationen wagen können, sollen das Steuersystem mit dem Gesetz an diversen Stellen vereinfacht und durch Anhebung von Schwellenwerten und Pauschalen insbesondere kleine Betriebe von Bürokratie entlastet werden. Vorgesehen ist unter anderem die Einführung einer Investitionsprämie zur Beförderung der Transformation der Wirtschaft in Richtung von insbesondere mehr Klimaschutz, die befristete Einführung einer degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA) für Wohngebäude und die Stärkung der steuerlichen Forschungsförderung. Ferner soll mit dem Gesetz die Grundlage geschaffen werden, die temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes für die Lieferung von Gas über das Erdgasnetz und von Wärme über ein Wärmenetz bereits zum 31. Dezember 2023 auslaufen zu lassen. Der Gesetzgeber hatte die Regelung ursprünglich bis zum 31. März 2024 befristet.

AKTUELLER STATUS

24.11.2023: 2. Beratung Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
14.07.2023	Referentenentwurf https://tsp.pm/5ZFbCT
30.08.2023: Kabinett	Gesetzesentwurf https://tsp.pm/AaqFd9
BUNDES RAT	Gesetzesentwurf (433/23) https://tsp.pm/7Nph7i
05.10.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (422/1/23) https://tsp.pm/pi57AO
20.10.2023: 1. Beratung	Stellungnahme (433/23(B)) https://tsp.pm/coFfj8 Plenarprotokoll (1037) https://tsp.pm/7hvgch
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (20/8628) https://tsp.pm/690ChL
13.10.2023: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Finanzausschuss) Plenarprotokoll (20/129) https://tsp.pm/yCxyE
18.10.2023: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
06.11.2023: Anhörung	Sachverständigenliste und Stellungnahmen (Teil 1) https://tsp.pm/Q2LulG Sachverständigenliste und Stellungnahmen (Teil 2) https://tsp.pm/zXv3TE
08.11.2023: Ausschuss	
15.11.2023: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (20/9341) https://tsp.pm/lB18en
17.11.2023: 2./3. Lesung	Annahme in geänderter Fassung Plenarprotokoll (20/138) https://tsp.pm/hdSu9l
BUNDES RAT	Gesetz (588/23) https://tsp.pm/lGo02O
20.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (588/1/23) https://tsp.pm/QXokx3
24.11.2023: 2. Beratung	Anrufung des Vermittlungsausschusses (588/23(B)) https://tsp.pm/2eKisW Plenarprotokoll (1038) https://tsp.pm/l17HMA
VERMITTLUNGS AUSSCHUSS	

IM PROZESS

392/23

VIERTE VERORDNUNG ZUR ÄNDERUNG DER MESS- UND EICHVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMWK	Zustimmungspfl.	–

Mit der Verordnung sollen Vorschriften zum Software-Update bei Smart-Meter-Gateways vereinfacht und die Eichfrist unbefristet gestaltet werden. Bislang gelten unterschiedslos alle Anforderungen des Mess- und Eichrechts auch für Smart-Meter-Gateways.

AKTUELLER STATUS**15.12.2023: Beratung Bundesrat**

BUNDESREGIERUNG	
16.08.2023: Kabinett	Verordnung https://tsp.pm/rEbli7
BUNDES RAT	Verordnung (392/23) https://tsp.pm/0HavFJ
14.09.2023: Ausschuss	Absetzung von TO
29.09.2023: Beratung	Absetzung von TO
30.11.2023: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (392/1/23) https://tsp.pm/mQSWOO
15.12.2023: Beratung	Zustimmung/Änderungen (392/23(B)) https://tsp.pm/66tC7v Plenarprotokoll (1040) https://tsp.pm/5MPm0E
BUNDESREGIERUNG	
vsl. 17.01.2024: Kabinett	Beschluss zu den Änderungsmaßnahmen des Bundesrates



ÜBERSICHT DER KW 3

Ausblick auf die politischen Termine 15.01. bis 21.01.2024



PLENUM

- 146. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 147. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 148. Sitzung des Deutschen Bundestages

AUSSCHÜSSE

- 78. Sitzung des Finanzausschusses (Öffentliche Anhörung)
- 62. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- 84. Sitzung des Rechtsausschusses
- 79. Sitzung des Finanzausschusses
- 49. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- 63. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- 64. Sitzung des Verkehrsausschusses
- 94. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie
- 68. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat
- 66. Sitzung des Wirtschaftsausschusses
- 61. Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
- 58. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- 73. Sitzung des Haushaltsausschusses
- 55. Sitzung des Ausschusses für Digitales
- 21. Sitzung des Unterausschusses für Internationale Klima- und Energiepolitik



PLENUM

- Keine Sitzung.
- Nächste Sitzung: 02.02.2024

AUSSCHÜSSE

- 421. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- 936. Sitzung des Wirtschaftsausschusses
- 742. Sitzung des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union

 **TERMINE****KW 3****Montag, 15.01.2024**

Fraktionsklausur der FDP

EPICO und Stiftung KlimaWirtschaft zu Erneuerbare Energien

Dienstag, 16.01.2024

BMUV-Agrarkongress 2024

BWE und VDMA zum Windenergiezubau 2023

Heinrich-Böll-Stiftung zu KI und grünen Städten

Bertelsmann Stiftung zu klimaschädlichen Subventionen

Mittwoch, 17.01.2024

30. H2-Wirtschaftsgespräch

Neu ZKA zu Klimawandel und Digitalisierung

Zukunft Gas zur Regulatorik von Wasserstoff

Forum für Zukunftsenergien zur Dekarbonisierung des Immobiliensektors

ABO Wind zu grünem Wasserstoff

Donnerstag, 18.01.2024

Neu dena zur Energiewende

Energiedialog 2024

Neu KAS zu Klimaneutralität

BWO zur Offshore-Windenergie

Freitag, 19.01.2024

Internationale Grüne Woche Berlin



PLENUM

Mittwoch, 17.01.2024 | 13:00 Uhr**146. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top 1** Befragung der Bundesregierung (Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, und Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze)
- Top 2** Fragestunde (20/...)
- Top 4** Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU: Bioenergie eine klare Zukunftsperspektive geben und bestehende Hemmnisse beseitigen (20/...)

Donnerstag, 18.01.2024 | 09:00 Uhr**147. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top 7** Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2023 (20/9100)
- Top 12** Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümerversammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen (20/...)
- Top 15** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Wirtschaftsausschusses (20/7010) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken (20/7010)

Freitag, 19.01.2024 | 09:00 Uhr**148. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

- Top 20** Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht zur Halbzeit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Mit Mut gemeinsam Zukunft gestalten – weiter Fahrt aufnehmen (20/8719)
- Top 22** Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU: Vorteile von Per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen weiter nutzen, Wertschöpfung erhalten, Gesundheit und Umwelt schützen (20/...)
- Top 23** Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (20/10014)

AUSSCHÜSSE

Montag, 15.01.2024 | 13:30 Uhr**78. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES (ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG)**

- Top 1** Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Entwurf eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 (20/9999)

Mittwoch, 17.01.2024

62. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, NUKLEARE SICHERHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

- Top 2** Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Folgen des Kohleausstiegs beachten – Wassermanagement für die Spree und deren Nebenflüsse sichern (20/7585)
- Top 15** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen: Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern (20/7717)
- Top 16** Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zu den Ergebnissen des EU-Ministerrates (Umwelt) am 18. Dezember 2023 in Brüssel

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:00 Uhr

84. SITZUNG DES RECHTSAUSSCHUSSES

- Top 2a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung virtueller Wohnungseigentümerversammlungen, zur Erleichterung des Einsatzes von Steckersolargeräten und zur Übertragbarkeit beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten für Erneuerbare-Energien-Anlagen (20/9890) – Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung
- Top 2b** Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU: Entwurf eines Gesetzes zum beschleunigten Ausbau von Balkonkraftwerken (BalkraftBeschG) (20/6905) – Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:00 Uhr

79. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES

- Top 2** Antrag der Abgeordneten der Fraktion der AfD: Eine Alternative zum Industriestrompreis schaffen (20/8877)

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:00 Uhr

49. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

- Top 2** Antrag der AfD-Fraktion: Keine Wasserstoffpolitik für Europa zu Lasten von Menschen und Umwelt in Afrika (20/9154)

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:30 Uhr

63. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG

- Top 1** Expertengespräch zur Expedition der Polarstern "MOSAiC – Multidisciplinary drifting Observatory for the Study of Arctic Climate"; Frau Prof. Dr. Antje Boetius, Alfred-Wegener-Institut

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:30 Uhr

64. SITZUNG DES VERKEHRSAUSSCHUSSES

- Top 2a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes (20/8295)
- Top 2b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes – Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung (20/8647)

- Top 4** Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Der Bundesminister für Digitales und Verkehr muss sein Versprechen einlösen – Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors (20/9322)

Mittwoch, 17.01.2024 | 09:30 Uhr

94. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR KLIMASCHUTZ UND ENERGIE

- Top 2a** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz: Übertragung von Geschäftsfeldern der Wintershall Dea AG an die Harbour Energy plc
- Top 2b** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz: Auslaufen des Umweltbonus für Elektrofahrzeuge am 17. Dezember 2023
- Top 2c** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz: Neue Förderung für Heizungstausch und Gebäude-Effizienzmaßnahmen
- Top 3** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (20/9094, 20/9612) sowie Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Änderung des Herkunftsnachweisregistergesetzes
- Top 4** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (590/23) – Anberatung und Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 21. Februar 2024
- Top 5** Antrag der CDU/CSU-Fraktion: Energiespeicher jetzt ausbauen (20/8525) – Terminierung der öffentlichen Anhörung am 29. Januar 2024

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr

68. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR INNERES UND HEIMAT

- Top 12** Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für einen Konzeptentwurf zur Koordinierung der Reaktion – auf Unionsebene – auf Störungen kritischer Infrastrukturen von erheblicher grenzüberschreitender Bedeutung

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr

66. SITZUNG DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES

- Top 1** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz über die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland
- Top 2** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationales Reformprogramm 2023 (20/6200)
- Top 4** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von NettoNull-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrieverordnung)
- Top 4a** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung)
- Top 4b** Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Net-Zero-Industry-Act zum Motor für den Industriestandort Deutschland machen – Effizient, bürokratiearm und technologieoffen (20/9137)
- Top 5a** Mitteilung der Kommission Arbeitsprogramm für Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung 2022-2024
- Top 5b** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG

- Top 7a** Empfehlung der Kommission vom 8.2.2022 über ein gemeinsames Instrumentarium der Union zur Behebung von Lieferengpässen bei Halbleitern und einen EU-Mechanismus zur Überwachung des Halbleiter-Ökosystems
- Top 7c** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Chip-Gesetz)
- Top 7d** Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2085 zur Gründung der Gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von "Horizont Europa" hinsichtlich des Gemeinsamen Unternehmens für Chips

Mittwoch, 17.01.2024 | 11:00 Uhr

61. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WOHNEN, STADTENTWICKLUNG, BAUWESEN UND KOMMUNEN

- Top 1** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Baukulturbericht 2022/23 der Bundesstiftung Baukultur mit Stellungnahme der Bundesregierung (20/4250)

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:00 Uhr

58. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR DIE ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Top 13.02** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Strategische Vorausschau 2022: Verzahnung des grünen und des digitalen Wandels im neuen geopolitischen Kontext

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:00 Uhr

73. SITZUNG DES HAUSHALTSAUSSCHUSSES

- Top 3** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Vorläufige Haushaltsführung 2024: Mitteilung gemäß § 4 Absatz 2 Satz 6 i. V. m. § 24 des Haushaltsgesetzes 2023 i.V. m. § 37 Absatz 4 der Bundeshaushaltsordnung über die Erteilung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bis zur Höhe von insgesamt 168.000.000 Euro bei Kapitel 0903 Titel 682 01 – Finanzierung der Deutschen Energy Terminal GmbH, der FSRU und FSRU-Standorte – (20/9943)
- Top 6** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) 2024; Unterrichtung entsprechend § 4 Absatz 2 Satz 5 i. V. m. § 24 HG 2023 über die beabsichtigte Erteilung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bis zur Höhe von insgesamt 2.398.370 T Euro bei Kapitel 6092 Titel 893 10 "Förderung von Maßnahmen der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien im Gebäudebereich"
- Top 7** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Haushalts- und Wirtschaftsführung des Klima- und Transformationsfonds; Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zum überarbeiteten Entwurf der Richtlinie "Bundesförderung für effiziente Gebäude – Einzelmaßnahmen" (BEG EM)
- Top 8** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz über die Mittelverwendung im Wirtschaftsstabilisierungsfonds zum 30. November 2023
- Top 9** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zur Vereinbarkeit der außenwirtschaftlichen Instrumente der Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Direktinvestitionsgarantien und Garantien für Ungebundene Finanzkredite des Bundes mit dem Klimaschutzgesetz und dem völkerrechtlichen Pariser Klimaschutzabkommen

- Top 10** Unterrichtung durch das Bundesministerium der Finanzen: Haushaltsführung 2023; Unterrichtung über die Aufhebung der haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 41 BHO der Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt 2023

Mittwoch, 17.01.2024 | 15:00 Uhr

55. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR DIGITALES

- Top 2** Bericht der Bundesregierung zum KI-Aktionsplan
- Top 4** Bericht der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Krisenmanagementübung LÜKEX

Mittwoch, 17.01.2024 | 15:00 Uhr

21. SITZUNG DES UNTERAUSSCHUSSES FÜR INTERNATIONALE KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

- Top 1** Bericht der Bundesministerin des Auswärtigen zur Klimaaußenpolitik und den Ergebnissen der UN-Klimakonferenz COP28



BUNDESRAT

PLENUM

Keine Sitzung.

Nächste Sitzung: 02.02.2024

AUSSCHÜSSE

Montag, 15.01.2024 | 11:00 Uhr

421. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

- Top 12** Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen (621/23)

Donnerstag, 18.01.2024

936. SITZUNG DES WIRTSCHAFTSAUSSCHUSSES

- Top 2** Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Vermeidung kurzfristig auftretender wirtschaftlicher Härten für den Ausbau der erneuerbaren Energien (7/24)
- Top 3** Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (651/23)
- Top 21** Zweite Verordnung zur Änderung der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (657/23)

Freitag, 19.01.2024 | 10:00 Uhr

742. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR FRAGEN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Top 6** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Europäischer Windkraft-Aktionsplan (661/23)
- Top 11** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik (625/23)
- Top 12** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Monitoringrahmen für widerstandsfähige europäische Wälder (660/23)

 **TERMINE**

KW 3

Montag, 15.01.2024**FRAKTIONSCLAUSUR DER FDP****Montag, 15.01.2024 | 18:00 Uhr****EPICO UND STIFTUNG KLIMAWIRTSCHAFT ZU ERNEUERBARE ENERGIEN**

Format: Podiumsdiskussion

Titel: Standortvorteil Erneuerbare Energien?

Veranstalter: Energy and Climate Policy and Innovation Council (EPICO KlimaInnovation),
Stiftung KlimaWirtschaftTeilnehmer: Andreas Jung MdB (energie- und klimapolitischer Sprecher, CDU/CSU-
Fraktion), Dr. Ingrid Nestle MdB (Sprecherin für Klimaschutz und Energie,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Jörg Steinbach (Minister für
Wirtschaft, Arbeit und Energie, Brandenburg), Dr. Christian Hartel (CEO,
WACKER Chemie), Prof. Dr. Karen Pittel (Vorsitzende, WBGU)Link: <http://tsp.pm/ewUkJ0>

Ort: Microsoft Atrium, Charlottenstraße 46, 10117 Berlin

Dienstag, 16.01.2024 | 10:00 Uhr - 17:30 Uhr**BMUV-AGRARKONGRESS 2024**

Format: Kongress (Hybrid)

Titel: Natürlicher Klimaschutz und Klimaanpassung in Partnerschaft mit der
LandwirtschaftVeranstalter: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und
Verbraucherschutz (BMUV)Teilnehmer: Steffi Lemke MdB (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare
Sicherheit und Verbraucherschutz), Cem Özdemir MdB (Bundesminister
für Ernährung und Landwirtschaft), Stefan Tidow (Staatssekretär, BMUV),
Dr. Ophelia Nick MdB (Parl. Staatssekretärin, BMEL), Dr. Christiane Paulus
(Leiterin der Abteilung Naturschutz, Nachhaltige Naturnutzung,
Natürlicher Klimaschutz, BMUV), Prof. Dr. Dirk Messner (Präsident, UBA)Link: <https://tsp.pm/TFZCa8>

Ort: dbb forum berlin, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin

Dienstag, 16.01.2024 | 11:00 Uhr - 12:00 Uhr**BWE UND VDMA ZUM WINDENERGIEZUBAU 2023**

Format: Pressekonferenz (Online)

Titel: Windenergie an Land – Zubauzahlen Gesamtjahr 2023 für Deutschland

Veranstalter: Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Bundesverband
WindEnergie (BWE)Teilnehmer: Bärbel Heidebroek (Mitglied des Präsidiums, BWE), Dr. Dennis
Rendschmidt (Geschäftsführer, VDMA Power Systems), Silke Lüers
(Projektmanagerin Markets und Politics, Deutsche WindGuard)Link: <https://tsp.pm/8iuGat>

Dienstag, 16.01.2024 | 16:00 Uhr - 19:00 Uhr

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG ZU KI UND GRÜNEN STÄDTEN

Format: Fachkonferenz (Hybrid)

Titel: AI for low carbon cities

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung

Teilnehmer: Francesca Bria (Präsidentin, Italian National Innovation Fund), Katrin Fritsch (Autorin, Green Web Foundation), Robert Heinecke (CEO, Breeze Technologies), Nikola Milojevic-Dupont (Doktorandin, MIC), Myrian Rigal (Senior Product Manager, Technologiestiftung Berlin)

Link: <https://tsp.pm/JHnecg>

Ort: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Dienstag, 16.01.2024 | 18:30 Uhr

BERTELSMANN STIFTUNG ZU KLIMASCHÄDLICHEN SUBVENTIONEN

Format: Parlamentarischer Abend

Titel: Klimaschädliche Subventionen: Reformbedarf, Reformoptionen und Folgeabschätzungen für Klima, Gesellschaft und Wirtschaft

Veranstalter: Bertelsmann Stiftung

Teilnehmer: Andreas Jung MdB (energie- und klimapolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Sebastian Schäfer MdB (Obmann im Haushaltsausschuss, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Andreas Esche (Direktor Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft, Bertelsmann Stiftung), Sara Holzmann (Project Manager Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft, Bertelsmann Stiftung), Jan Limbers (Senior Experte, Prognos AG)

Ort: Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Mittwoch, 17.01.2024 | 07:30 Uhr - 09:30 Uhr

30. H2-WIRTSCHAFTSGESPRÄCH

Format: Fachgespräch

Titel: H2-Industriepolitik – grüne Transformation zum Erhalt von Wertschöpfung und Beschäftigung

Veranstalter: Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband (DWV)

Teilnehmer: Felix Banaszak MdB (Mitglied im Wirtschaftsausschuss, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Reinhard Houben MdB (wirtschaftspolitischer Sprecher, FDP-Fraktion)

Ort: Deutsche Parlamentarische Gesellschaft (DPG), Friedrich-Ebert-Platz 2, 10117 Berlin

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr

Neu ZKA ZU KLIMAWANDEL UND DIGITALISIERUNG

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Klimaanpassung trifft Digitalisierung – Sensorsysteme für die Klimaanpassung nutzen

Veranstalter: Zentrum KlimaAnpassung (ZKA)

Teilnehmer: Lina Pöbnecker (Akademische Mitarbeiterin, Klimawandelanpassung in Ulm durch sensorgestützte Internet of things (IoT)-Anwendungen, Universität Ulm)

Link: <http://tsp.pm/CvHX68>

Mittwoch, 17.01.2024 | 10:00 Uhr - 11:00 Uhr

ZUKUNFT GAS ZUR REGULATORIK VON WASSERSTOFF

Format: Webinar

Titel: Power mit Wasserstoff: Regulatorik in Deutschland & Europa

Veranstalter: Zukunft Gas

Teilnehmer: Jörn Higgen (Senior Vice President Governmental Relations Germany, Uniper), Matthias Janssen (Associate Director, Frontier Economics)

Link: <https://tsp.pm/d0BUB5>

Mittwoch, 17.01.2024 | 14:30 Uhr - 17:30 Uhr

FORUM FÜR ZUKUNFTSENERGIEN ZUR DEKARBONISIERUNG DES IMMOBILIENSEKTORS

Format: Veranstaltung

Titel: Die Dekarbonisierung des Immobiliensektors und das Zusammenspiel der Akteure – Wie gelingt die Organisation?

Veranstalter: Forum für Zukunftsenergien

Teilnehmer: Martin Diedenhofen MdB (Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, SPD-Fraktion), Michael Kießling MdB (Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, CDU/CSU-Fraktion), Christina-Johanne Schröder MdB (bau- und wohnungspolitische Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Rainer Semet MdB (kommunalpolitischer Sprecher, FDP-Fraktion), Caren Lay MdB (beratendes Mitglied, Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, fraktionslos)

Link: <https://tsp.pm/70IHGG>

Ort: Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Charlottenstraße 47, 10115 Berlin

Mittwoch, 17.01.2024 | 15:00 Uhr - 16:00 Uhr

ABO WIND ZU GRÜNEM WASSERSTOFF

Format: Webinar

Titel: Grüner Wasserstoff aus Sicht von ABO Wind

Veranstalter: ABO Wind

Teilnehmer: Gesa Mosch (Projektingenieurin Zukunftsenergien, ABO Wind), Thomas Nietsch (Leiter der Abteilung Zukunftsenergien, ABO Wind), Jörg Wirtz (Senior-Projektleiter Zukunftsenergien, ABO Wind)

Link: <https://tsp.pm/GMm6dV>

Donnerstag, 18.01.2024 | 14:00 Uhr - 19:00 Uhr

Neu DENA ZUR ENERGIEWENDE

Format: Veranstaltung

Titel: SET Hub Open

Veranstalter: Deutsche Energie-Agentur (dena)

Teilnehmer: Dr. Anna Christmann MdB (Kordinatorin der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt; Beauftragte für die digitale Wirtschaft und Start-ups, BMWK), Dr. Holger Becker MdB (Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, SPD-Fraktion), Thomas Jarzombek MdB (bildungs- und forschungspolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Melis Sekmen MdB (Obfrau im Wirtschaftsausschuss, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Maximilian Mordhorst MdB (Mitglied im Ausschuss für Digitales, FDP-Fraktion)

Link: <http://tsp.pm/WKSsp7>

Ort: Future Energy Lab, Wegelystraße 1, 10623 Berlin

Donnerstag, 18.01.2024 | 16:00 Uhr - 18:30 Uhr

ENERGIEDIALOG 2024

Format: Veranstaltung (Hybrid)

Titel: Der energiepolitische Jahresauftakt

Veranstalter: Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE)

Teilnehmer: Dr. Robert Habeck MdB (Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz), Katrin Eder (Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität, Rheinland-Pfalz), Christian Meyer (Minister für Umwelt, Klimaschutz und Energie, Niedersachsen), Prof. Dr. Jörg Steinbach (Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie, Brandenburg), Britta Behrendt (Staatssekretärin für Klimaschutz und Umwelt, Berliner Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt), Dr. Simone Peter (Präsidentin, BEE)

Link: <https://tsp.pm/Q0Bf0g>

Ort: EUREF-Campus 1-25, 10829 Berlin

Donnerstag, 18.01.2024 | 18:15 Uhr

Neu KAS ZU KLIMANEUTRALITÄT

Format: Podiumsdiskussion

Titel: Europas Transformation zur Klimaneutralität

Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

Teilnehmer: Jana Schimke MdB (Vorsitzende des Ausschusses für Tourismus, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Jörn Quitzau (Leiter des Bereichs Wirtschaftstrends, Berenberg Bank), Prof. Dr. Jan Schnellenbach (Universitätsprofessor für VWL, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg)

Link: <http://tsp.pm/gjClgu>

Ort: Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin

Donnerstag, 18.01.2024 | 17:30 Uhr - 18:30 Uhr
BWO ZUR OFFSHORE-WINDENERGIE

Format: Diskussion (Online)

Titel: "Minister Talk" der Küstenländer: Sind wir auf Kurs beim Offshore-Wind-Ausbau?

Veranstalter: Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore (BWO)

Teilnehmer: Tobias Goldschmidt (Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, Schleswig-Holstein), Olaf Lies (Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, Niedersachsen), Reinhard Meyer (Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit, Mecklenburg-Vorpommern)

Link: <https://tsp.pm/099bdC>**Freitag, 19.01.2024 | 10:00 Uhr (bis 28.01.2024)**
INTERNATIONALE GRÜNE WOCHE BERLIN

Format: Messe

Veranstalter: Messe Berlin

Link: <https://tsp.pm/QEWClq>

Ort: Messe Berlin, Messedamm 22, 14055 Berlin

KW 4**Montag, 22.01.2024 | 16:00 Uhr - 18:00 Uhr**
BWG ZU KLIMASCHUTZ IN BERLIN

Format: Fachdialog

Titel: Klimaschutz in Berlin – Herausforderungen und Chancen durch Innovation

Veranstalter: Berliner Wirtschaftsgespräche (bwg)

Teilnehmer: Britta Behrendt (Staatssekretärin für Klimaschutz und Umwelt, Berliner Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt)

Link: <https://tsp.pm/baVUOR>

Ort: Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland, Friedrichstraße 185, 10117 Berlin

Montag, 22.01.2024 | 18:30 Uhr - 20:00 Uhr
BASE ZUM ATOM AUSSTIEG

Format: Podiumsdiskussion (Hybrid)

Titel: Nukleare Sicherheit als Teil der Energietransformation in Zeiten des abnehmenden Konsenses

Veranstalter: Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)

Teilnehmer: Steffi Lemke MdB (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz), Stefan Wenzel MdB (Parl. Staatssekretär, BMWK), Wolfram König (Präsident, Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung), Martin Kaiser (Geschäftsführer, Greenpeace), Prof. Dr. Harald Lesch (Wissenschaftsjournalist; Professor für Astrophysik, LMU München)

Link: <https://tsp.pm/p5e9AV>

Ort: Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, Wegelystraße 8, 10623 Berlin

Montag, 22.01.2024 | 10:00 Uhr (bis 23.01.2024)

21. INTERNATIONALE KONFERENZ FÜR ERNEUERBARE MOBILITÄT

Format: Fachkongress

Titel: Kraftstoffe der Zukunft 2024

Veranstalter: Bundesverband BioEnergie (BBE), Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB), Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP)

Teilnehmer: Hartmut Höppner (Staatssekretär, BMDV), Daniel Vilela Oliveira (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz), Dr. Felix Christian Matthes (Forschungskordinator Energie- und Klimapolitik, Öko-Institut)

Link: <https://tsp.pm/Oq32SG>

Ort: CityCube, Messedamm 26, 14055 Berlin

Montag, 22.01.2024 | 19:00 Uhr - 23:00 Uhr

ABENDEMPFANG DES BBE

Format: Abendempfang

Veranstalter: Bundesverband BioEnergie (BBE)

Ort: hub27, Jafféstraße 2, 14055 Berlin

Montag, 22.01.2024

GWD ZUR ENERGIEVERSORGUNG

Format: Fachforum

Titel: Nachhaltige Energieversorgung des Industriestandortes Deutschland

Veranstalter: Grüner Wirtschaftsdialog (GWD)

Teilnehmer: Thomas Heilmann MdB (Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, CDU/CSU-Fraktion), Prof. Dr. Andreas Löschel (Vorsitzender der Expertenkommission der Bundesregierung zum Monitoring-Prozess "Energie der Zukunft"; Professor für Umwelt-/Ressourcenökonomik und Nachhaltigkeit, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung)

Link: <http://tsp.pm/7M2cG7>

Dienstag, 23.01.2024 | 10:00 Uhr

Neu ZKA ZUR KOMMUNALEN KLIMAAANPASSUNG

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Klimaanpassung in kleinen Kommunen planen

Veranstalter: Zentrum KlimaAnpassung (ZKA)

Teilnehmer: Jasmin Gesing (Stadtentwicklung und Umwelt, Stadtverwaltung Rhede), Daria Paluch (Leiterin Stabsstelle Klimaschutz, Verbandsgemeinde Wörrstadt)

Link: <http://tsp.pm/XRrk2>

Dienstag, 23.01.2024 | 10:00 Uhr (bis 25.01)

HANDELSBLATT ENERGIE-GIPFEL 2024

Format: Gipfel

Titel: Bereit für neues Handeln: die grüne Transformation Europas

Veranstalter: Handelsblatt

Teilnehmer: Dr. Robert Habeck MdB (Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz), Andreas Jung MdB (energie- und klimapolitischer Sprecher, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Ingrid Nestle MdB (Sprecherin für Klimaschutz und Energie, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Kerstin Andreae (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung, BDEW)

Link: <https://tsp.pm/0uPIZb>

Ort: bcc Berlin Congress Center, Alexanderstraße 11, 10178 Berlin

Dienstag, 23.01.2024 (bis 24.01.24)

BDEW ZUM EEG 2024

Format: Webinar

Titel: EEG 2024 - Neue Regelungen für Erneuerbare Energien

Veranstalter: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)

Teilnehmer: Christoph Weißenborn (Leiter des Fachgebiets Stromkennzeichnung, BDEW), Constanze Harmann (Leiterin des Fachgebiets EEG-Netzanschluss und Messung, BDEW), Marc Rumpel (Leiter des Teams Dezentrale Einspeisung, Netze BW)

Link: <https://tsp.pm/FppSc9>

Dienstag, 23.01.2024 | 13:00 Uhr - 15:00 Uhr

BMWK UND BEM ZU ELEKTROMOBILITÄT

Format: Unternehmensaustausch (Hybrid)

Titel: Maritime Elektromobilität – Anwendungsbereiche, Technologien und Marktentwicklung

Veranstalter: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesverband eMobilität (BEM)

Ort: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Scharnhorststraße 34-37, Tor 1, Raum K1 – A2.028, 10115 Berlin

Dienstag, 23.01.2024 | 14:00 Uhr

KLIMA ALLIANZ DEUTSCHLAND ZUM KLIMASCHUTZ

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Wie steht es um die Finanzierung von Klimaschutz in Deutschland? Öffentliche Finanzbedarfe und -lücken zur Erreichung der Klimaschutzziele 2030

Veranstalter: Klima Allianz Deutschland

Teilnehmer: Sabina Bals (Advisor Sustainable Finance & Policy, WWF), Carolina Monika Ortega Guttack (Kommunikation, Fiscal Future), Michael Peters (Leitung Finanzsystem und Realwirtschaft, Finanzwende)

Link: <http://tsp.pm/i8wUTE>

Mittwoch, 24.01.2024 | 09:30 Uhr - 13:00 Uhr

BMUV UND UBA ZU NACHHALTIGEM KONSUM UND RECHTSPOPULISMUS

Format: Veranstaltung (Online)

Titel: Forum Nachhaltiger Konsum: Was bedeutet Rechtspopulismus für den grünen Wandel?

Veranstalter: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Umweltbundesamt (UBA)

Teilnehmer: Prof. Dr. Bernd Sommer (Professor für Umweltsoziologie, TU Dortmund), Dr. Laura Spengler (Kompetenzzentrum Nachhaltiger Konsum, UBA)

Link: <https://tsp.pm/oQONEA>

Donnerstag, 25.01.2024 | 09:30 Uhr - 13:00 Uhr

UBA, IÖW ET AL. ZUR UMWELTBEWUSSTSEINSSTUDIE 2022

Format: Fachkonferenz (Online)

Titel: Highlights der Umweltbewusstseinsstudie 2022 und Impulse für die sozial-ökologische Transformationsforschung

Veranstalter: Umweltbundesamt (UBA), Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung

Teilnehmer: Ronny Meyer (Leiter der Abteilung Grundsatz und Dialog, BMUV), Dr. Angelika Gellrich (Fachbegleitung der Umweltbewusstseinsstudie, UBA), Prof. Dr. Claudia Kemfert (Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt, DIW Berlin), Dr. Torsten Grothmann (Wissenschaftlicher Mitarbeiter, IÖW), Prof. Dr. Christian Thorun (Gründer, ConPolicy)

Link: <https://tsp.pm/o2p2UO>

Sonntag, 28.01.2024 | 10:00 Uhr - 19:00 Uhr

EUROPAPARTEITAG DER FDP

Format: Parteitag

Veranstalter: Freie Demokratische Partei (FDP)

Link: <https://tsp.pm/9gkK5Q>

Ort: Station Berlin, Luckenwalder Straße 4-6, 10963 Berlin

IMPRESSUM

TAGESSPIEGEL POLITIKMONITORING

Verlag Der Tagesspiegel GmbH
Askanischer Platz 3 · 10963 Berlin
Geschäftsführer: Gabriel Grabner, Ulrike Teschke
Verantwortlich im Sinne von §55 Abs. 2 RStV: Lorenz Maroldt, Christian Tretbar
Tel: (030) 290 21-15 572
politikmonitoring@tagesspiegel.de
monitoring.tagesspiegel.de